

Universität St. Gallen

Bachelorarbeit

Major International Affairs

Ungleichheit und Wachstum in Peru

Prof. Dr. Reto Föllmi

Lukas Freiburghaus

11-605-284

lukas.freiburghaus@student.unisg.ch

18. Mai 2015

Abstract

Diese Fallstudie beschäftigt sich mit der Beziehung zwischen Ungleichheit und Wachstum in Peru. Sie untersucht, ob das starke Wirtschaftswachstum Perus in der Periode von 2001 bis 2013 mit der gefallenen Ungleichheit zusammenhängt. Hierzu wird einerseits die gute Wirtschaftsleistung Perus mit anderen rohstoffexportierenden Ländern verglichen. Dies soll klären, ob das Wachstum primär eine Folge des Rohstoffpreisbooms der 2000er war. Andererseits werden die vier wichtigsten Transmissionskanäle analysiert durch welche sich die Ungleichheit auf das Wachstum auswirkt. Es kann gezeigt werden, dass die starke Wirtschaftsleistung nicht nur ein Ergebnis des Preisbooms der Rohstoffe war und sich die Ungleichheit durch drei der vier Kanäle negativ auf das Wachstum Perus auswirkte. Dies spricht für eine negative Ungleichheit-Wachstum Beziehung.

Die Analyse der Transmissionskanäle zeigt drei Policies auf, welche die Ungleichheit senken und das Wachstum langfristig ansteigen lassen: 1. Höhere Bildungsausgaben; 2. Die Vertiefung des politischen Dezentalisierungsprozesses im Sinne einer Stärkung der Kapazitäten auf regionaler und lokaler Ebene; und 3. Ein höheres Umverteilungsniveau.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Ungleichheit und Wachstum in der Literatur	2
2.1	Theoretische Transmissionskanäle	2
2.2	Empirischer Zusammenhang	3
3	Peru von 2001 bis 2013	5
3.1	Rückgang der vertikalen Ungleichheit	5
3.2	Starkes exportbasiertes Wirtschaftswachstum.....	7
4	Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wachstum	10
4.1	Wachstumsvergleich mit anderen rohstoffexportierenden Ländern.....	10
4.2	Der Kanal der Kreditmarktunvollkommenheit.....	14
4.3	Der Kanal der Fiskalpolitik	17
4.4	Der Kanal der soziopolitischen Instabilität	20
4.5	Der Sparkanal	23
4.6	Ganzheitliche Betrachtung der Kanäle	24
4.7	Politikempfehlungen	25
5	Schlusswort	28
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	30
7	Abbildungsverzeichnis	36
	Anhang	37
	Eigenständigkeitserklärung	39

1 Einleitung

Das südamerikanische Land Peru wies nach der Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 2001 eine beachtliche Wirtschaftsleistung vor. Das BIP wuchs bis 2013 jährlich um durchschnittlich 5,7 Prozent und übertraf so alle anderen Länder Lateinamerikas (Weltbank, 2015). Südamerika ist die Region mit der weltweit höchsten Ungleichheit und Peru belegte im regionalen Vergleich über lange Zeit einer der obersten Plätze (Barrantes & Berdegué, 2013, S. 16). Während der letzten Dekade kam es in der ganzen Region allerdings zu einem Rückgang der Ungleichheit (Cornia, 2014). Auch in Peru nahm der Gini in der Zeit zwischen 2001 und 2013 von 0,519 auf 0,453 ab (Weltbank, 2015). Es drängt sich daher die Frage auf, ob in Übereinstimmung mit der gängigen Meinung in der Literatur ein Zusammenhang zwischen der gefallenen Ungleichheit und dem starken Wirtschaftswachstum besteht. Obwohl in der empirischen Literatur kein allgemeiner Konsens besteht, geht man zunehmend von einer langfristig negativen Ungleichheit-Wachstum Beziehung aus (Boushey & Price, 2014). Man ist sich allerdings auch einig, dass kein einziges, globales Muster für die Ungleichheit-Wachstum Beziehung gefunden werden kann (Neves & Silva, 2014, S. 18). Die Ungleichheit besteht aus verschiedenen Komponenten und wirkt sich durch verschiedene Transmissionskanäle unterschiedlich auf das Wachstum aus, weshalb der Nettoeffekt auf das Wachstum je nach Land unterschiedlich ausfallen kann. Deshalb empfehlen Neves und Silva, die Ungleichheit-Wachstum Beziehung auf nationaler Ebene zu untersuchen (2014, S. 18).

Die vorliegende Arbeit prüft, ob sich die gefallene Ungleichheit in der Zeit von 2001 bis 2013 positiv auf das Wirtschaftswachstum Perus auswirkte und die Ungleichheit somit einen negativen Einfluss auf das Wachstum hatte. Hierzu wird einerseits die Wirtschaftsleistung Perus mit anderen rohstoffexportierenden Ländern verglichen, da die betrachtete Periode mit einem erheblichen Preisanstieg der Rohstoffe verbunden ist. Es muss daher geprüft werden, ob das exportbasierte Wachstum Perus bloss eine Folge des Rohstoffpreisebooms der 2000er Jahre war. Der Vergleich mit anderen Rohstoffexporteuren kann zeigen, ob Peru ähnlich stark wie diese Länder wuchs und die tiefere Ungleichheit damit keinen bedeutenden Einfluss auf das Wachstum hatte. Andererseits werden die vier wichtigsten Transmissionskanäle analysiert, durch welche sich die Ungleichheit auf das Wachstum auswirkt. Dabei wird sich zeigen, dass Peru im Vergleich mit anderen rohstoffexportierenden Ländern überdurchschnittlich stark wuchs und die Ungleichheit durch den Kanal der Kreditmarktunvollkommenheit, der Fiskalpolitik und der soziopolitische Instabilität einen negativen Effekt auf das Wachstum nach sich zieht.

Die weitere Arbeit gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 beleuchtet die vier theoretischen Transmissionskanäle und die Evidenz zu dem negativen Zusammenhang näher. Kapitel 3 beschreibt den Ungleichheitsrückgang, die Persistenz der horizontalen Ungleichheiten und das Wirtschaftswachstum Perus. Kapitel 4 widmet sich dem Wachstumsvergleich mit anderen Rohstoffexporteuren, der Analyse der vier Transmissionskanäle und schliesst mit drei Politikempfehlungen. Kapitel 5 fasst schliesslich die gewonnen Erkenntnisse zusammen.

2 Ungleichheit und Wachstum in der Literatur

Die Beziehung zwischen Ungleichheit und Wachstum, mit der Kausalität von hoher oder tiefer Ungleichheit zu hohem oder tiefem Wachstum gehend, gilt wahrscheinlich als eine der wichtigsten in der Ökonomie (Van der Weide & Milanovic, 2014, S. 2). Besonders in den letzten zwei Jahrzehnten kam der Beziehung in der Literatur erhöhte Aufmerksamkeit zu. Dieses Kapitel liefert einen kurzen Literaturüberblick.

2.1 Theoretische Transmissionskanäle

Die theoretische Literatur identifiziert vier Hauptkanäle, durch welche die Ungleichheit das Wachstum beeinflusst (Barro, 2000; Neves & Silva, 2014): Der Kanal der unvollkommenen Kreditmärkte, der Steuerpolitik-Kanal, der Kanal der soziopolitischen Instabilität und der Spar-Kanal. Der *Kanal der unvollkommenen Kreditmärkte* untersucht die Auswirkungen der Ungleichheit auf Investitionen in physisches und Humankapital bei beschränkten Möglichkeiten zur Kreditaufnahme. Wenn Kreditaufnahmen nur begrenzt möglich sind und Investitionen in physisches und Humankapital mit hohen Fixkosten verbunden sind, hält es Minderbemittelte davon ab, diese Investitionen zu tätigen. Eine hohe Ungleichheit senkt so das Wachstum, da Arme mit ertragsreichen Projekten wie beispielsweise Investitionen in ihr eigenes Humankapital, einen schlechteren Zugang zu Kapital haben. Autoren, die diesen Kanal untersuchten und im Kern unterstützen, sind Galor und Zeira (1993), Banerjee und Newman (1993), Bénabou (1996), Aghion und Bolton (1997), Piketty (1997), Owen und Weil (1998) sowie Maoz und Moav (1999).

Der *Steuerpolitik-Kanal* kann in zwei Ansätze unterteilt werden. Der erste Ansatz besagt, dass sich der Medianwähler bei einer proportionalen Kapitalsteuer und hoher Ungleichheit für hohe Steuerraten einsetzt. Besteuerung und Umverteilung steigen diesem Ansatz zufolge also mit steigender Ungleichheit. Perotti (1996) nennt diesen ersten Mechanismus den politischen Mechanismus. Der zweite, ökonomische Mechanismus basiert auf der Idee, dass die Besteuerung und die Umverteilung aufgrund ihrer verzerrenden Effekte dem Wachstum schaden. Folglich besteht eine negative Beziehung zwischen Ungleichheit und Wachstum.

Die zweite, neuere Ansicht kombiniert den politischen Kanal mit dem Kanal der Kapitalmarktunvollkommenheiten und widerspricht dem ersten Ansatz, da der politische Einfluss ebenfalls von der Einkommens- und Vermögensverteilung abhängt. Bénabou (2000) betont, dass Reiche (durch Lobbying, Kampagnen, einer grösseren Neigung wählen zu gehen, etc.) einen grösseren politischen Einfluss haben, womit es in vielen Ländern eine negative Korrelation zwischen Ungleichheit und Umverteilung gibt. Da die Umverteilung bei hoher Ungleichheit nicht nur zu Anreizverzerrungen führt, sondern auch die Kreditmarktbeschränkungen mindert, ist ein tiefes Umverteilungsniveau nicht zwingend gut für das Wachstum. Oft überwiegen die positiven Effekte der Umverteilung sogar die negativen Anreizverzerrungen, womit die Umverteilung positive oder zumindest keine negativen Konsequenzen für das Wachstum hat (Cingano, 2014, S. 28). Nur im Fall

extremer Umverteilung kann es negative Auswirkungen auf das Wachstum geben (Ostry, Berg & Tsangarides, 2014).

Der *Kanal der soziopolitischen Instabilität* sagt ebenfalls eine negative Ungleichheit-Wachstum Beziehung voraus. Demnach führt eine hohe Vermögens- und Einkommensungleichheit zu zunehmender Unzufriedenheit und soziopolitischer Instabilität. Diese Instabilität wiederum führt zu gefährdeten Eigentumsrechten und steigender Unsicherheit, womit geplante Investitionen aufgeschoben werden. Ausserdem können soziale Unruhen Produktionsunterbrüche bewirken, was die Arbeits- und Kapitalproduktivität senkt und das Wachstum beeinträchtigt. Untersuchungen von Alesina & Perotti (1996), Perotti (1996), Svensson (1998) und Keefer & Knack (2002) bestätigen die Validität dieses Kanals.

Der *Ersparnis-Kanal* basiert auf Kaldors Hypothese (1956), dass die marginale Sparneigung der Reichen grösser ist als die der Armen. Eine hohe Ungleichheit erhöht folglich die Gesamtersparnisse und damit die Investitionen und das Wachstum. Dieser Kanal erhielt in empirischen Untersuchungen nur wenig Aufmerksamkeit (Neves & Silva, 2014, S. 17). Es gibt daher keine Evidenz dafür, dass die aggregierte Sparquote positiv vom Grad der Einkommenskonzentration abhängt (Neves & Silva, 2014, S. 17).

2.2 Empirischer Zusammenhang

Die empirische Literatur zu der "reduced form" Beziehung lieferte zu Beginn widersprüchliche Resultate. Jüngere Arbeiten stellten aber fest, dass sich die Effekte der Ungleichheit unterschiedlich rasch manifestieren (Halter, Oechslin & Zweimüller, 2014). Ein Grossteil der ursprünglichen Widersprüchlichkeit ist demnach auf unterschiedliche methodologische Vorgehensweisen zurückzuführen, die nicht dieselben Effekte der Ungleichheit erfassten. So deutet die empirische Forschung mit immer grösserer Einigkeit auf folgende drei Punkte hin:¹

- Ungleichheit ist langfristig mit tieferem Wirtschaftswachstum verbunden; kurzfristig kann Ungleichheit das Wachstum fördern (Halter, Oechslin & Zweimüller, 2014; Ostry, Berg & Tsangarides, 2014). Dies hängt damit zusammen, dass die positiven Effekte aus dem Sparkanal kurzfristig sind, während sich die negativen Konsequenzen aus dem Kanal der Kreditmarktunvollkommenheit und der soziopolitischen Instabilität tendenziell in der langen Frist manifestieren.
- Ungleichheit ist besonders für das Wachstum der tieferen Einkommensklassen schädlich; Reiche können kurzfristig von einer hohen Ungleichheit profitieren (Boushey & Price, 2014). Das bedeutet, dass der Typ Wachstum, den die Ungleichheit hervorbringt (Wachstum bei den

¹ Für ausführlichere Literaturrückblicke zu der "reduced form" Beziehung siehe Boushey und Price (2014) sowie Neves und Silva (2014).

Reichen, weniger so bei den Armen), die Ungleichheit weiter verschärft (Van der Weide & Milanovic, 2014).

- Wenn zwischen Ländern mit hohem Einkommen und solchen mit tiefem Einkommen unterschieden wird, so weisen Entwicklungsländer eine negative Ungleichheit-Wachstum-Beziehung auf; entwickelte Länder hingegen eine positive oder insignifikante (Neves & Silva, 2014, S. 12; Fawaz, Rahnama, Valcarcel, 2014). Dieser Unterschied zwischen tiefen und hohen Einkommensländern hängt erneut mit den Transmissionskanälen zusammen. In Entwicklungsländern sind die Kanäle der Kreditmarktunvollkommenheiten und der politischen Instabilität, die eine negative Beziehung vorhersagen, meist stärker als in entwickelten Ländern (Neves & Silva, 2014, S. 13).

Wie bereits erwähnt darf allerdings nicht erwartet werden, dass sich ein einziges, globales Muster finden lässt. Die obigen Punkte können deshalb nicht eins zu eins auf alle Länder übertragen werden, sondern sind vielmehr Verallgemeinerungen. Die Ungleichheit kann unter gewissen Umständen wachstumstreibend sein, und unter anderen wiederum wachstumshindernd (Neves & Silva, 2014, S. 12). Wie genau sich die Ungleichheit auf das Wachstum in einem Land auswirkt kann nur gesagt werden, wenn die einzelnen Transmissionskanäle bekannt sind.

3 Peru von 2001 bis 2013

Dieses Kapitel zeigt die Entwicklung der Ungleichheit und des Wachstums in Peru für die Zeit von 2001 bis 2013 auf. Die Daten in diesem und dem nächsten Kapitel stammen, wo nicht anders vermerkt, vom World Development Indicators Datenset der Weltbank (2015). Gewisse Daten sind nicht für die gesamte Periode verfügbar, weshalb mancherorts geringfügig von der betrachteten Zeitdauer (2001 bis 2013) abgewichen werden muss.

3.1 Rückgang der vertikalen Ungleichheit

Vergleichbare Daten zur Ungleichheit sind in Peru ab der ersten nationalen Haushaltserhebung (ENAHO) im Jahr 1997 verfügbar. Diese vierteljährlich stattfindende Erhebung bildet die Grundlage zur Bemessung des Gini, wie er von der Weltbank und der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der UN (ECLAC) publiziert wird. Laut diesen Daten nahm der Gini zwischen 2001 und 2012 von 0,519 auf 0,453 ab. Dies entspricht einem Rückgang um 0,066.

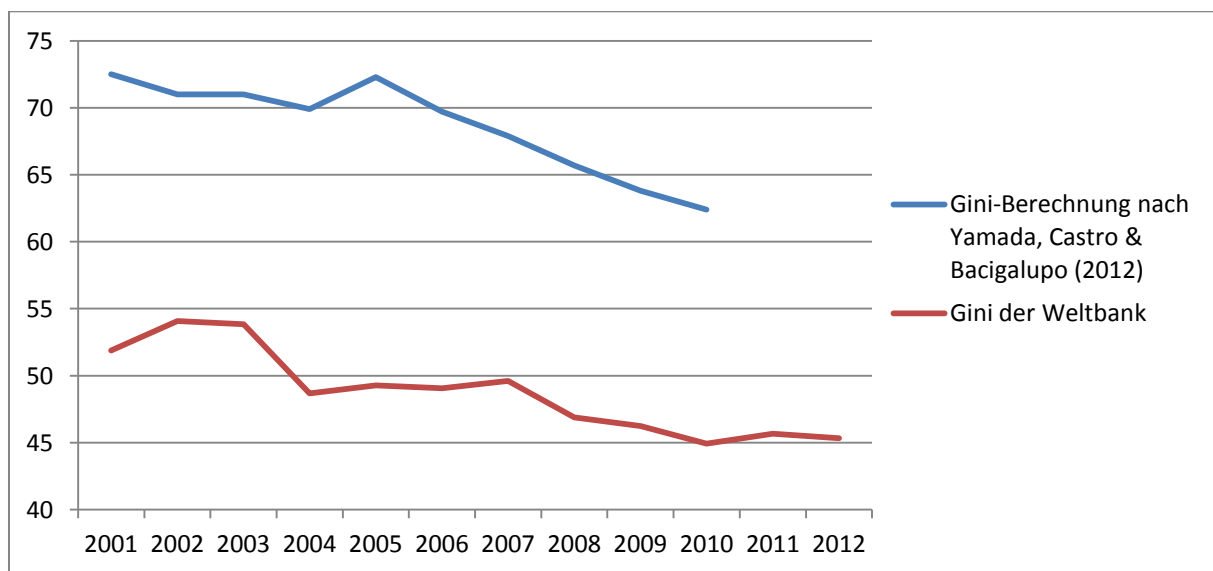


Abbildung 1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten 2001-2012

Quelle: Weltbank (2015); Yamada, Castro & Bacigalupo (2012); Eigene Darstellung

Das Verhältnis zwischen dem Einkommen des reichsten Quantils und dem ärmsten Quantil fiel in derselben Periode von 16,5 auf 11,9. Allerdings sind die Daten der Weltbank und der ECLAC mit Vorsicht zu geniessen, da verschiedene Studien auf die Beschränkungen des ENAHO zur Berechnung des Gini hinweisen (Gallo-Rivera, Garrido-Yserte, Gonzales de Olarte & Pozo-Segura, 2013, S. 294). Der ENAHO erfasst demnach einen bedeutenden Teil der Einkommen reicher Haushalte nicht und unterschätzt somit das eigentliche Ausmass der Ungleichheit. Verschiedene Autoren korrigieren diesen Fehler mithilfe von Makrodaten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie stellen wesentlich höhere Gini-Koeffizienten zwischen 0,55 und 0,73 fest (Yamada & Castro, 2006; Escobal

& Ponce, 2012; Yamada, Castro & Bacigalupo, 2012). Yamada & Castro (2006) errechnen, dass der Gini zwischen 2001 und 2004 von 0,652 auf 0,687 anstieg und widersprechen damit dem Trend der abnehmenden Ungleichheit in den Daten des ENAHO. Auch Escobal & Ponce zeigen anhand eines um Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung korrigierten Gini, dass die Ungleichheit zwischen 1994 und 2004 von 0,52 auf 0,55 zunahm (2012, S. 6). Ab 2004 können sie aber den abnehmenden Trend des Weltbank-Gini bestätigen und errechnen einen Rückgang auf 0,50 in 2009. Auch die jüngste Untersuchung zur Ungleichheit in Peru zeigt, dass der Gini ab 2005 deutlich zurückging, davor aber keine grosse Veränderung aufweist (Yamada, Castro & Bacigalupo, 2012, S. 72; siehe Abbildung 1). Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der tatsächliche Gini höher liegt als von den Daten des ENAHO suggeriert und dass die Ungleichheit ab Anfangs/Mitte der 2000er merklich abnahm. Über den Verlauf der Ungleichheit in der Zeit davor sind sich die Autoren nicht einig.

Die horizontale Ungleichheit entwickelte sich nicht ganz so positiv wie die vertikale. Horizontale Ungleichheiten sind Ungleichheiten zwischen Gruppen mit spezifischen Charakteristika, welche von den Mitgliedern und Anderen als wichtige Aspekte der eigenen Identität erachtet werden (UNDP, 2013, S. 27). Solche Charakteristika sind unter anderem die kulturelle, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, die Rasse, das Geschlecht, das Alter oder der geographischer Wohnort (UNDP, 2013, S. 27). Die Wohlfahrtskosten aus horizontaler Ungleichheit können verglichen mit vertikaler Ungleichheit sogar höher sein, da Individuen und Familien stärker durch ihre Gruppenzugehörigkeit eingegrenzt sind (Stewart & Langer, 2007, S. 29). Peru weist eine sehr hohe horizontale Ungleichheit auf, die in den letzten Jahren sogar zugenommen hat (Barrantes & Berdegué, 2013, S. 16; Escobal & Ponce, 2012). Der offene Handel und die beschleunigte Integration in die Weltwirtschaft haben die Ungleichheit zwischen den Regionen und zwischen Zentren und Peripherien verstärkt (Orihuela, 2012, S. 689). Dies hängt damit zusammen, dass sich das hohe Wachstum in den urbanen Gebieten kaum auf die ruralen Peripherien übertrug (Gallo-Rivera et al., 2013, S. 309). Ausserdem konzentriert sich das Wachstum stark an der urbanen Küste, weshalb die Politik dem Küstengebiet über lange Zeit besondere Aufmerksamkeit schenkte und die Berg- und Regenwaldregionen einen grossen Rückstand im Bezug auf die öffentlichen Investitionen und den Zugang zu staatlichen Leistungen verzeichnen (Thorp & Paredes, 2010, S. 206). Dies verschärfte die Ungleichheit zwischen der Küste und den Berg- und Regenwaldregionen (Orihuela, 2012, S. 701).

Horizontale Ungleichheiten bestehen aber nicht nur zwischen den Regionen, sondern auch zwischen Weissen und Indigenen sowie Personen gemischter Herkunft (Thorp & Paredes, 2010; Abbildung 2).

	Indigene	Personen gemischter Herkunft	Weisse
Unterste 40% der Einkommen	49	22	9
Mittlere 50% der Einkommen	45	62	52
Oberste 10% der Einkommen	6	16	39
Alle Einkommen	100	100	100

Abbildung 2: Einkommensverteilung nach ethnischen Gruppen (%)

Quelle: Figueroa (2008)

Anmerkung: Figueroa (2008) benutzt Daten der nationalen Haushaltserhebung (ENAHO) aus dem Jahr 2003.

Die Ungleichheit zwischen den Weissen, Indigenen und Personen gemischter Herkunft sind mit den Ungleichheiten zwischen den Regionen verbunden, da sich die weisse Bevölkerung grösstenteils an der urbanen Küste befindet, während die Indigenen meist in den ruralen Gebieten der Bergen und des Regenwalds wohnhaft sind.

3.2 Starkes exportbasiertes Wirtschaftswachstum

Die aussergewöhnlich gute Leistung der peruanischen Wirtschaft von 2001 bis 2013 wird von vielen als das peruanische Wunder bezeichnet (Gallo-Rivera et al., 2013, S. 293). Die Wirtschaft wuchs in dieser Periode durchschnittlich um 5,7 Prozent pro Jahr; die Inflationsrate bewegte sich um 2,6 Prozent, was dem tiefsten Wert der Region entspricht. Das Pro-Kopf-BIP stieg durchschnittlich um 4,5 Prozent an und übertrifft damit den lateinamerikanischen Wert von 1,9 Prozent um mehr als das Doppelte (Abbildung 3).

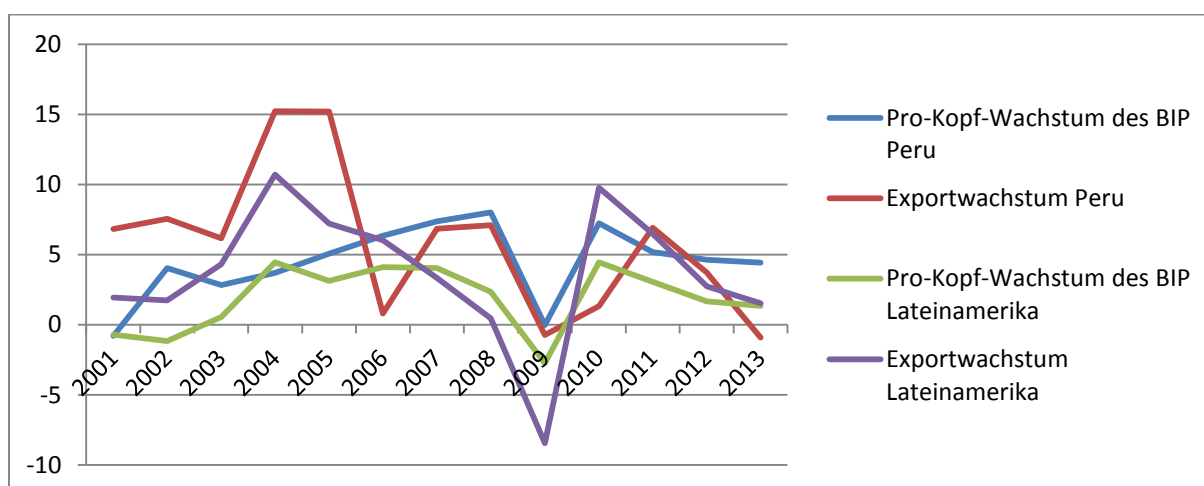


Abbildung 3: Pro-Kopf-Wachstum des BIP und Exportwachstum in Peru und Lateinamerika (% pro Jahr)

Quelle: Weltbank (2015); Eigene Darstellung

Ende 2013 erreichte Peru ein Pro-Kopf-BIP von 6'662 USD und schaffte einige Jahre zuvor den Sprung zu den Ländern mit mittleren Einkommen im oberen Bereich. Davor gehörte es laut Weltbank (2015) noch zu der Ländergruppe mit mittleren Einkommen im unteren Bereich. Trotzdem liegt es gegen Ende der Periode noch unter dem regionalen Durchschnitt von 10'008 USD und weit hinter Ländern wie Chile, Uruguay und Argentinien, deren Pro-Kopf-BIP mehr als doppelt so hoch ist.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Exporte betrug 5,8 Prozent und liegt somit 2,1 Prozentpunkte über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Von 2000 bis 2013 verdoppelte sich das Volumen der peruanischen Exporte und befand sich zum Ende der Periode auf dem historischen Höchststand (Gallo-Rivera et al., 2013, S. 293). Angeheizt durch den Boom der Rohstoffpreise in den 2000ern stiegen die Exporte wertmässig sogar um das Sechsfache. Der Anteil der Exporte am BIP wuchs von 16,5 Prozent im Jahr 2001 auf 23,7 Prozent in 2013. In den Jahren 2006, 2007 und 2011 betrug er gar 30 Prozent. Deshalb bezeichnet die Literatur das Wachstum als exportgetrieben, wobei den Rohstoffen mit einem Exportanteil von 88 Prozent (2013) die grösste Bedeutung zukommt (UNCTAD, 2015, S. 137). Der wichtigste Sektor innerhalb der Rohstoffindustrie ist der Bergbau, auf den 67 Prozent der Rohstoffexporte (2013) entfallen. Peru ist der weltweit zweitgrösste Produzent von Kupfer und Silber und der sechstgrösste Goldproduzent (KPMG, 2012, S. 2). Ausserdem hat es grosse Reserven an Kohlen, Eisenerz, Zinn, Schwefel und Zink (KPMG, 2012, S. 2).

Ein wichtiger Eckpfeiler des Wachstums sind die umfassenden strukturellen Reformen der 90er Jahre (Baca Campodónico, Peschiera Cassinelli & Mesones, 2014, S. 2). Die 1980er Jahre, die in Lateinamerika auch die verlorene Dekade genannt werden, endeten in Peru in einer makroökonomischen Krise mit Hyperinflation, zunehmenden soziopolitischen Unruhen und einem massiven Rückgang des BIP. Als 1990 Alberto Fujimori als neuer Präsident vereidigt wurde, befand sich das Land in der tiefsten ökonomischen und politischen Krise des Jahrhunderts (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 223). Die de Facto Diktatur Fujimoris wandte sich von der heterodoxen Wirtschaftspolitik des Vorgängers ab und implementierte ein ökonomisches Stabilisierungsprogramm mit vier Zielen: Hyperinflation eliminieren, Reintegration in das internationale Finanzsystem, Wiederherstellung der makroökonomischen Ordnung sowie Lösen der Zahlungsbilanz-Krise (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 223). Fujimori gelang es in seiner zehnjährigen Amtszeit, die Wirtschaft nachhaltig zu reformieren, die soziopolitischen Unruhen zu stoppen und den Markt für ausländische Investitionen wieder attraktiv zu machen. Er stoppte die Hyperinflation ("Fujimori-Schock"), kürzte die Lebensmittelsubventionen, liberalisierte den Wechselkurs, reduzierte und vereinfachte die Importzölle, eliminierte Exportzölle und liberalisierte die Kapitalmärkte (Stokes, 1997, S. 214). Später folgten eine Steuerreform, eine Reduktion der Staatsangestellten, die Privatisierung der staatlich geführten Unternehmen und Finanzinstitutionen, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts sowie die Eliminierung der Lohnindexierung und die Privatisierung des Sozialsystems (Stokes, 1997, S. 215).

Diese neoliberale Neuausrichtung der Wirtschaft in den 90er Jahren bildete eine wichtige Grundlage für das Wachstum des darauffolgenden Jahrzehnts. Auch nach der Absetzung Fujimoris und der Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 2001 wurde an dem weltoffenen liberalen Wirtschaftskurs festgehalten. Die folgenden Regierungen setzten sich weiterhin für eine bedachte Fiskal- und Geldpolitik ein (Baca Campodónico et al., 2014, S. 2; Baracat, Finger, Thorne & Nogués, 2013), so dass das Land ab 2003, mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009, einen Haushaltsüberschuss erzielte und die Staatsverschuldung auf 19,2 Prozent des BIP reduzierte (Weltbank, 2012, S. 16). Mitverantwortlich hierfür ist auch der Preisboom der Rohstoffe, welcher die Steuereinnahmen aus dem Bergbau massiv ansteigen liess (Weltbank, 2012, S. 28-29).

All diese Faktoren - die strukturellen Reformen der 90er, die umsichtige Fiskal- und Geldpolitik, sowie der Boom der Rohstoffpreise - liessen die ausländischen Investitionen beträchtlich ansteigen (Baca Campodónico et al., 2014, S. 2). Der Nettozufluss an ausländischen Direktinvestitionen (ADI) nahm von 2,1 (2001) auf 9,3 Mrd. (2013) zu und betrug durchschnittlich 4,4 Prozent des BIP, gegenüber 3 Prozent für Lateinamerika. Die ADI wurden zum primären Antriebselement in verschiedenen Sektoren und leisteten einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum der vergangenen 15 Jahre (Oxford Business Group, 2014, S. 29).

4 Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wachstum

Dieses Kapitel stellt als eigentlicher Hauptteil der Arbeit die Verbindung zwischen der gefallenen Ungleichheit und dem starken Wirtschaftswachstum her.

4.1 Wachstumsvergleich mit anderen rohstoffexportierenden Ländern

Angesichts des Rohstoffpreisebooms des vergangenen Jahrzehnts ist es möglich, dass das Wachstum Perus weniger mit der gefallenen Ungleichheit als mit dem massiven Preisanstieg der Rohstoffe zusammenhängt. Ein Vergleich mit anderen rohstoffexportierenden Ländern kann aufzeigen, ob andere Länder ähnlich hohe Wachstumsraten verzeichneten.

Ein Bericht der UNCTAD (2015) liefert einen umfassenden Überblick über sämtliche rohstoffabhängigen Entwicklungsländer der Welt. Basierend auf diesem Bericht werden anhand dreier Kriterien diejenigen Länder herausgefiltert, die über einen ähnlichen Exportsektor wie Peru verfügen. Die Länder müssen folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

1. Der Anteil der Rohstoffexporte am BIP muss grösser als 15 Prozent sein (Peru: 18,6%).
2. Der Anteil der Rohstoffexporte an den Gesamtexporten muss grösser als 75 Prozent sein (Peru: 88%).
3. Der Anteil der Erzen, Metallen, Edelsteinen und des nichtmonetären Golds an den Rohstoffexporten muss grösser als 60 Prozent sein (Peru: 67%).

Anhang 1 zeigt, dass drei südamerikanische (Chile, Guyana, Suriname), sechs afrikanische (Namibia, Sierra Leone, Demokratische Republik Kongo, Sambia, Botswana, Mauretanien) und ein asiatisches Land (Mongolei) die oben genannten Kriterien erfüllen.² Diese Länder verfügen alle über eine hohe Rohstoffabhängigkeit und eine ähnliche Exportzusammensetzung wie Peru. Abbildung 4 zeigt, dass sie über die Periode von 2000 bis 2013 fast ausschliesslich positive Wachstumsraten verzeichneten.

² Der Inselstaat Nauru erfüllt diese Kriterien ebenfalls. Aufgrund der kleinen Grösse des Landes (etwa 10'000 Einwohner) wird er aber von dieser Analyse ausgeschlossen.

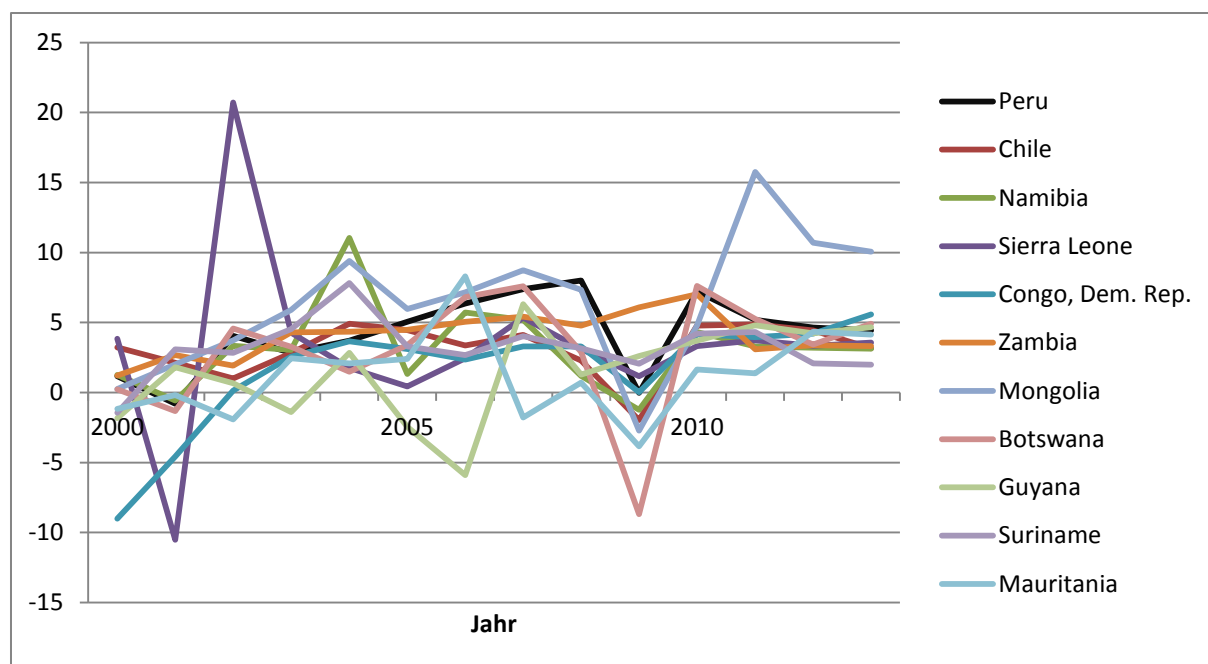


Abbildung 4: Pro-Kopf-Wachstum des BIP von 11 Ländern mit ähnlichen Rohstoffexporten (% pro Jahr)

Quelle: Weltbank (2015); Eigene Darstellung

Ab 2002 verzeichnen alle Länder mit Ausnahme von Mauretanien und Guyana Jahr um Jahr ein positives Wachstum des Pro-Kopf-BIP. Einzig im Jahr 2009 gibt es bei einigen Ländern wegen der schwachen Weltkonjunktur ein Negativwachstum. Peru bewegt sich im Vergleich mit den anderen Ländern in den oberen Rängen, insbesondere ab 2005. Ein Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten zwischen 2000 und 2013 zeigt, dass nur die Mongolei mit einem Wert von 6,36 Prozent Peru (4,23 Prozent) zu übertreffen vermochte. Interessant dabei ist, dass Peru in diesem Ländervergleich mit 18,6 Prozent den tiefsten Anteil der Rohstoffexporte am BIP hat. In der Mongolei beispielsweise liegt der Anteil bei 38 Prozent, womit sich ein Anstieg der Rohstoffpreise stärker auf das BIP niederschlägt. Die peruanische Wirtschaft hingegen weist trotz dem kleinsten Rohstoffexportanteil die zweitgrösste Wachstumsrate auf. Dies zeigt, dass nebst dem Preisboom der Rohstoffe weitere Faktoren zu dem Rekordwachstum Perus beigetragen haben. Ein möglicher Faktor ist dabei die gesunkene Ungleichheit. Ein Vergleich der Gini-Koeffizienten könnte an dieser Stelle zeigen, ob es in den anderen Ländern ebenfalls ein starken Ungleichheitsrückgang gab. Ein solcher Vergleich ist aber nicht möglich, da die Daten zur Ungleichheit für die anderen Länder (sehr) lückenhaft sind.

Die obige Analyse ist insofern nicht unproblematisch, als dass sie Länder unterschiedlicher Grössen und Einkommensklassen vergleicht. Ausserdem liegen die meisten Länder ausserhalb Südamerikas und sind einem anderen regionalen Umfeld ausgesetzt. Ein zweiter Vergleich mit Ländern innerhalb Südamerikas soll besonders der letzten Einschränkung Abhilfe verschaffen. Dazu werden dieselben drei Kriterien wie oben angewandt, nur dass das dritte Kriterium entfällt. Dieser Vergleich beinhaltet

somit sämtliche südamerikanischen Länder, deren Rohstoffexporte mehr als 15 Prozent des BIP (erstes Kriterium) bzw. mehr als 75 Prozent der Gesamtexporte (zweites Kriterium) ausmachen. Das dritte Kriterium wird hingegen nicht mehr beachtet, womit Länder mit anderen Rohstoffvorkommen als Erzen, Metallen, Edelsteinen und nichtmonetärem Gold ebenfalls analysiert werden. Zu diesen Ländern gehören Venezuela, Ecuador, Paraguay und Bolivien. Chile, Guyana und Suriname sind bereits aus dem obigen Vergleich bekannt, weil sie ähnliche Rohstoffe wie Peru exportieren. Da Guyana und Suriname aber sehr kleine Länder sind und bereits analysiert wurden, werden in diesem Vergleich ausgeklammert.

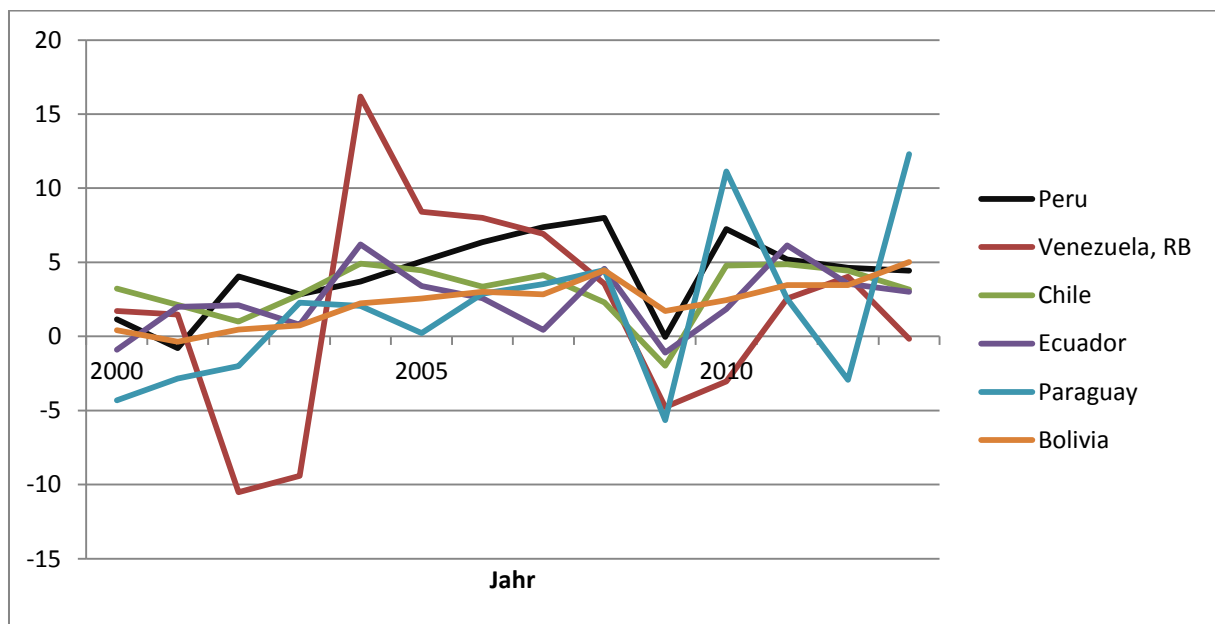


Abbildung 5: Pro-Kopf-Wachstum des BIP von 6 lateinamerikanischen Ländern mit unterschiedlichen Rohstoffexporten (% pro Jahr)

Quelle: Weltbank (2015); Eigene Darstellung

Auch in diesem Vergleich bewegt sich das peruanische Pro-Kopf-Wachstum des BIP im oberen Bereich (siehe Abbildung 5). Peru hat zwischen 2000 und 2013 die höchste durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (4,2 Prozent), gefolgt von Chile (3,11 Prozent). Alle anderen Länder wachsen durchschnittlich unter 2,5 Prozent pro Jahr. Peru hat auch in dieser Gruppe den kleinsten Rohstoffexportanteil am BIP, verzeichnet aber trotzdem das höchste Pro-Kopf-Wachstum. Dies weist erneut auf weitere wachstumstreibenden Faktoren hin.

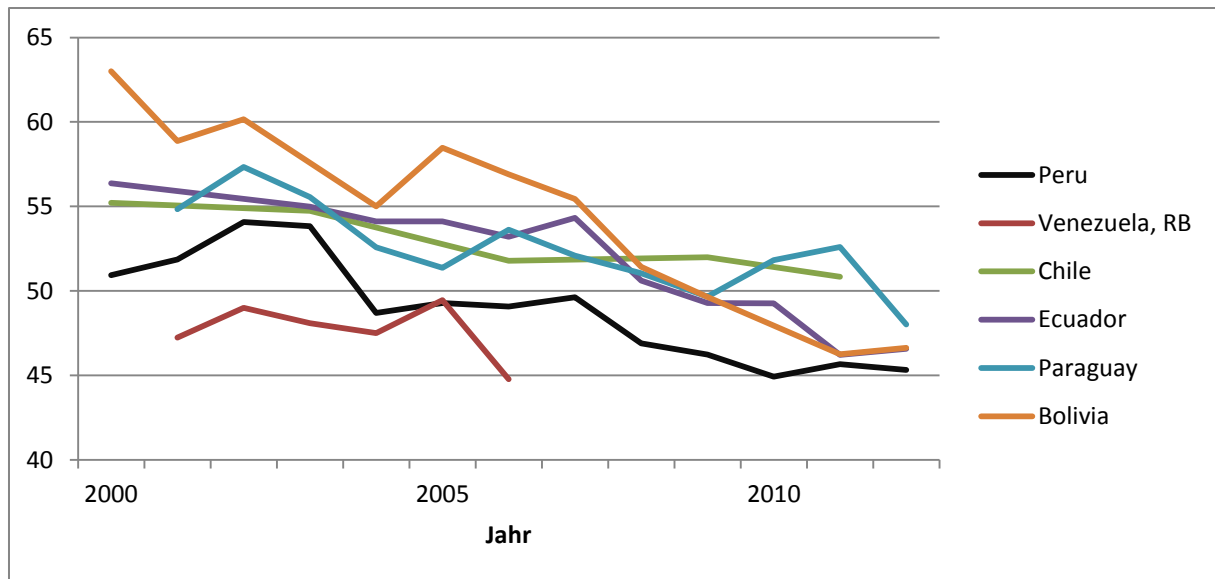


Abbildung 6: Gini-Koeffizient von 6 lateinamerikanischen Ländern mit unterschiedlichen Rohstoffexporten

Quelle: Weltbank (2015); Eigene Darstellung

Da für diese Ländergruppe die Gini-Daten vollständiger sind, ermöglichen sie einen Vergleich der Ungleichheit. Abbildung 6 zeigt, dass die Ungleichheit in allen Ländern abgenommen hat.³ Peru weist über die gesamte Periode hinweg die tiefste Ungleichheit auf; nur Venezuela zeigt noch tiefere Werte. Dies deutet darauf hin, dass das hohe Wachstum Perus mit dem vergleichsweise niedrigen Ungleichheitsniveau zusammenhängt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die Gini-Daten der Weltbank (2015) nicht zwingend dem effektiven Bild der Ungleichheit entsprechen und ein Vergleich deshalb mit Vorsicht zu genießen ist. Weiter wäre es falsch, die Ungleichheit als einzige Ursache für das überdurchschnittliche Wachstum Perus zu erachten. Hausmann und Klinger (2008) beispielsweise sehen das hohe Wirtschaftswachstum Perus primär als eine Erholung des Wachstumseinbruchs der 70er und 80er Jahre, der mit einem starken Exportrückgang verbunden war. Der starke Exportanstieg des vergangenen Jahrzehnts sehen sie deshalb in erster Linie als eine Erholung des ebenfalls starken Exportrückgangs ein bis zwei Jahrzehnte davor (Hausmann & Klinger, 2008, S. 36). Auch wenn der Preisanstieg die Exporte zusätzlich antrieb, hängt der Exportboom stärker mit einem Volumenanstieg zusammen, der durch die strukturellen Reformen und steigenden Investitionen der 90er Jahre ermöglicht wurde (Illescas & Jaramillo, 2011). Dies erklärt zu einem gewissen Teil, weshalb Peru die Gruppe im Hinblick auf das Wachstum anführt.

Es lässt sich festhalten, dass das aussergewöhnliche Wachstum nicht nur mit dem Rohstoffpreiseboom zusammenhing, sondern auch eine Erholung von der schwachen Wirtschaftsleistung der 80er Jahre

³ Die Daten für Chile sind etwas lückenhaft. Fehlende Datenpunkte in Abbildung 6 wurden mit einer Linie verbunden. Der exakte Verlauf der Ungleichheit muss deshalb nicht genau dem dargestellten Bild entsprechen.

war und möglicherweise auch mit der rückgängigen Ungleichheit in Verbindung steht. Die folgende Untersuchung der vier Transmissionkanäle beleuchtet die Rolle der gefallenen Ungleichheit etwas klarer.

4.2 Der Kanal der Kreditmarktunvollkommenheit

Das Finanzsystem Perus hat sich in den vergangenen 15 Jahren positiv entwickelt. Weniger als 8,5 Prozent der formalen Unternehmen bezeichnen den Zugang zu Kapital oder dessen Kosten als Haupthindernis für ihr Geschäft (Weltbank, 2015b). In 2006 waren es noch 14,3 Prozent, was darauf hindeutet, dass der bankendominierte Finanzsektor Perus an Tiefe gewonnen hat. Wendet man die Inlandskredite an den Privatsektor als Mass für die Tiefe des Finanzsystems an, lässt sich diese Aussage bestätigen. Abbildung 7 zeigt, dass diese ab Erreichen des Tiefpunkts in 2006 von 17,9 Prozent auf 31,4 Prozent des BIP in 2013 anstieg. Verglichen mit dem Durchschnitt Lateinamerikas (49,3 Prozent) ist dieser Wert aber sehr tief und sogar vier Mal kleiner als in Ländern mit ähnlichen Pro-Kopf-Einkommen (Klinger, Khawaja & LaMonte, 2014, S. 5).⁴ Ein alternativer Indikator für die Entwicklung des Finanzsektors ist der Anteil der Bevölkerung mit einem Konto bei einer formalen Finanzinstitution. Dieser Wert liegt in Peru bei tiefen 20,5 Prozent und zeigt die schwache finanzielle Inklusion der Bevölkerung (Weltbank, 2015b).

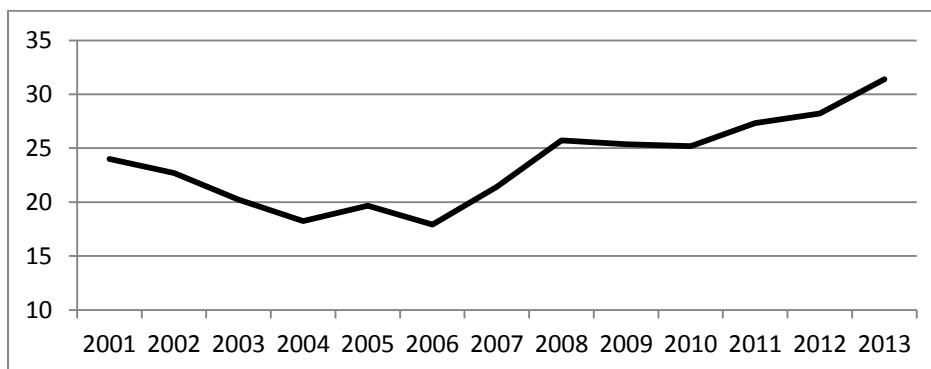


Abbildung 7: Inlandskredite an den Privatsektor 2001-2013

Quelle: Weltbank (2015)

Die Untiefe des Finanzsystems und die Tatsache, dass die meisten formalen Unternehmen den Zugang zu Kapital als unproblematisch erachten, mögen auf den ersten Blick als Widerspruch erscheinen (Klinger et al., 2014, S. 8). Dieser Widerspruch kann durch eine Betrachtung der Schattenwirtschaft gelöst werden, die immer noch rund 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Perus ausmacht (Bauer, 2015). Denn Unternehmen der informellen Wirtschaft haben viel grössere Schwierigkeiten, an

⁴ Auch Alberto Morisaki, Chefökonom der peruanischen Bankenvereinigung, gesteht dem Bankensektor ein riesiges Wachstumspotential ein (Bauer, 2015). Gleichzeitig liehen die peruanischen Banken im Jahr 2014 so viel Geld aus wie noch nie zuvor (Bauer, 2015).

Kapital heranzukommen um ertragsreiche Investitionen tätigen zu können (Klinger et al., 2014, S. 9). Grund dafür sind fehlende Informationen über die jeweiligen Geschäftsprojekte, deren Wachstumspotential und die mangelnde Transparenz in den Bilanzen, was das Ausfallrisiko für die Kreditgeber schwer einschätzbar macht. Um diese Unsicherheit zu kompensieren, verlangen Kreditinstitute oft höhere Zinsen und/oder Sicherheiten, die kleine Unternehmen nicht haben.

Angesichts des erschwerten Zugangs zu physischem Kapital und der hohen Kapitalkosten für Unternehmen in der Schattenwirtschaft ist klar, dass die Ungleichheit zu einer Unterinvestition in ertragsreiche Projekte führt, welches sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Dies zeigt auch eine Untersuchung von Morón, Salgado und Seminario (2013), die einen kausalen Link zwischen der Vertiefung der Finanzmärkte und dem Wachstum der peruanischen Unternehmen in der Produktionsindustrie herstellt. Sie finden, dass die Entwicklung des Finanzsystems zwischen 1994 und 2008 einen signifikant positiven Einfluss auf das Unternehmenswachstum hatte und Firmengründungen begünstigte (Morón et al., 2013, S. 26). Diese Untersuchung auf Unternehmensebene verdeutlicht, wie sich die Vertiefung der peruanischen Finanzmärkte positiv das Wirtschaftswachstum auswirkt.

Eine hohe Ungleichheit gekoppelt mit imperfekten Kapitalmärkten hemmt aber nicht nur Investitionen in physisches Kapital, sondern untergräbt auch diejenigen in das Humankapital. Bildung wird in der Literatur häufig als das wichtigste Element im Kampf gegen Ungleichheit und Armut bezeichnet (Thorp & Paredes, 2010, S. 70). Ausserdem kann ein zu tiefes Humankapitalniveau das Wachstum einschränken, weshalb den Investitionen in das Humankapital in diesem Abschnitt besondere Beachtung geschenkt werden.

In Peru ist der Besuch der Primar- und Sekundarschule kostenlos. Der Staat hat den Zugang zu Grundbildung (Primar- und Sekundarschule) in den vergangenen 20 Jahren signifikant verbessert, sodass die Nettoeinschulungsrate in den Sekundarschulen zwischen 2001 und 2011 von 68 auf 77,1 Prozent anstieg. Der Anteil der über 15-Jährigen mit abgeschlossener Grundbildung stieg zwischen 2000 und 2010 von 24,9 auf 37,3 Prozent (Barro & Lee, 2013). Parallel dazu blieben aber die öffentlichen Bildungsausgaben, die tiefer als in den meisten Ländern der Region sind, unverändert bei rund 3 Prozent des BIP (Baca Campodónico et al., 2014, S. 17). Die relativ konstanten Bildungsausgaben führten gekoppelt mit der gestiegenen Schülerzahl zu tieferen Ausgaben pro Schüler und einer tieferen Qualität der Bildung (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 236). In der jüngsten PISA-Studie (Programm zur internationalen Schülerbewertung), welche 15-jährige Jugendliche auf ihre Kompetenz in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften überprüft, belegte Peru den 65. und somit letzten Platz (OECD, 2013, S. 5). Trotz beinahe landesweitem Zugang zu Schulen haben weniger als ein Viertel der peruanischen Sekundarschüler das Leseverständnis oder die Mathematikfähigkeiten, die in ihrem Alter erwartet werden (Weltbank, 2012).

Die vermehrte Anzahl Grundschulabgänger und das gestiegene Pro-Kopf-Einkommen liess auch die Nachfrage nach tertiärer Bildung ansteigen (Yamada, Castro, Bacigalupo & Velarde, 2013, S. 11). Das

Angebot im tertiären Bildungsbereich wuchs, wobei der private Sektor das Angebot am meisten ausbaute und eine dominierende Rolle übernahm (Yamada et al., 2013, S. 11-12). Während sich im Jahr 2000 33 Prozent der Studenten an einer privaten Universität einschrieben, stieg diese Zahl bis im Jahr 2010 auf 56 Prozent (Yamada et al., 2013, S. 12). Obwohl die Studienkosten um knapp 40 Prozent sanken, befinden sie sich nach wie vor auf hohem Niveau und verhindern zusammen mit der tiefen Verfügbarkeit an Darlehen und Stipendien für viele Arme ein Studium (Murakami & Blom, 2008, S. 19). Dies schlägt sich auch in den Zahlen zur Bildungsungleichheit nieder, die aufzeigen, dass der Zugang zu tertiärer Bildung klar regressiv ist. Während in dem untersten Quantil der Vermögensverteilung nur 37 Prozent der Personen mit abgeschlossenen Sekundarschule fähig waren, sich an einer Universität oder einem technischen Institut einzuschreiben, sind es in dem obersten Quantil fast 80 Prozent (Castro, Yamada & Arias, 2011, S. 3). Grund hierfür sind auch die grossen Qualitätsunterschiede zwischen den öffentlichen und privaten Sekundarschulen (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 237). Jugendliche aus öffentlichen Schulen genossen meist eine qualitativ schlechtere Bildung und haben deswegen mehr Mühe, zu einem Studium an einer Universität zugelassen zu werden. Es ist zu erwarten, dass die Armen, die durch den verbesserten Schulzugang erstmals eine staatliche Grundbildung genossen, beim Zugang zu tertiärer Bildung Schwierigkeiten haben werden (Lustig & Lopez-Calva, 2010).

Es lässt sich also festhalten, dass die imperfekten Kreditmärkte, die schlechte Qualität der öffentlichen Schulen und der schwierige Zugang zu Tertiärbildung die armen Haushalte nach wie vor an Investitionen in ihr Humankapital hindern. Raju und Fitzpatrick bestätigen, dass die peruanischen Bildungsrenditen aus Hochschulabschlüssen den lateinamerikanischen Durchschnitt fast um das Doppelte übersteigen und ein Anzeichen für mangelnden Zugang zu tertiärer Bildung sind (2010, S. 48). Laut den Autoren beschränkt dieser Mangel an hochqualifiziertem Humankapital das Wirtschaftswachstum Perus bedeutend (Raju & Fitzpatrick, 2010, S. 48). Solange die Haushalte nur beschränkten Zugang zu Kreditmärkten haben, führt ein besserer Zugang zu Bildung zu einer erhöhten Produktivität der Haushalte und vergrössert ihre Fähigkeit am Arbeitsmarkt Einkommen zu erwirtschaften (Yamada & Castro, 2009, S. 58). Die grösseren Einkommen führen zu einer Reduktion der Armut und erhöhen wiederum die Nachfrage nach Bildung (Yamada & Castro, 2009, S. 58). In Anbetracht dieses Feedback-Effekts, bei dem mehr Bildung nicht nur die Einkommen, sondern wiederum die Nachfrage nach Bildung erhöht, lohnt es sich für den peruanischen Staat besonders, in Bildung zu investieren. Yamado und Castro simulieren für die Periode von 2006 bis 2015, dass mehr Bildungsausgaben in der Höhe von durchschnittlich einem Prozent des BIP pro Jahr, das langfristige BIP-Wachstum bis im Jahr 2015 um 1,13 Prozentpunkte erhöhen und die Armut um drei Prozentpunkte senken (2009, S. 70). Dabei lohnt es sich besonders, in den Ausbau der tertiären Bildung zu investieren, um den Haushalten einen besseren Zugang zu ermöglichen und ihre Chancen auf permanent höhere Einkommen zu vergrössern (Yamada & Castro, 2009, S. 70).

4.3 Der Kanal der Fiskalpolitik

Bei diesem Kanal geht es darum, die Rolle des Staates in der Einkommensumverteilung durch Steuern und Sozialausgaben zu analysieren und festzustellen, ob sich die Umverteilung positiv oder negativ auf das Wachstum auswirkt. Dazu wird zuerst kurz die Entwicklung der Steuereinnahmen und -ausgaben aufgezeigt, dann das Umverteilungsniveau analysiert und danach die Bedeutung der Eliten in der Politik aufgezeigt.

Die totalen Steuereinnahmen lagen zwischen 2001 und 2012 bei durchschnittlich 16,3 Prozent und verzeichnen einen Anstieg um rund vier Prozentpunkte (OECD/ECLAC/CIAT, 2014, S. 69, Abbildung 8). Dieser Anstieg kann grösstenteils durch den Rohstoffexportboom erklärt werden, der die Steuereinnahmen aus der Rohstoffindustrie positiv beflügelte (Weltbank, 2012, S. 28-29). Gegen Ende der Periode entsprachen die totalen Steuereinnahmen 18,1 Prozent des BIP und lagen damit 2,6 Prozentpunkte unter dem regionalen Durchschnitt und 16 Prozentpunkte unter den OECD-Ländern (OECD/ECLAC/CIAT, 2014, S. 31). Auch im Vergleich mit Ländern mit ähnlichen Pro-Kopf-Einkommen schneidet Peru unterdurchschnittlich ab (Weltbank, 2012, S. 31).

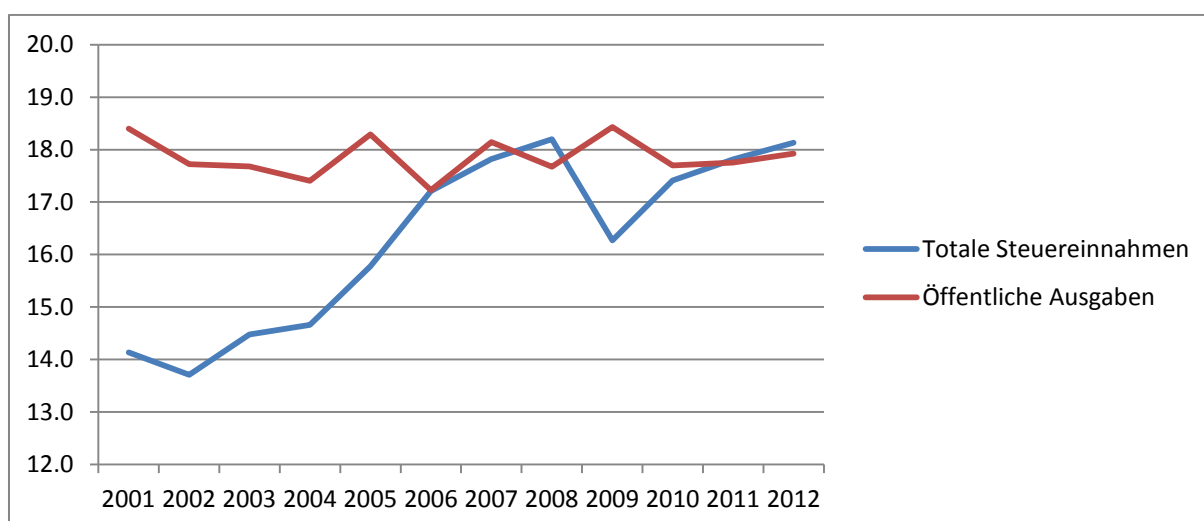


Abbildung 8: Totale Steuereinnahmen und öffentliche Ausgaben 2001-2012

Quelle: Weltbank (2015); OECD/ECLAC/CIAT (2014); Eigene Darstellung

Die öffentlichen Ausgaben entwickelten sich nicht so stark wie die Einnahmen (Abbildung 8). Sie variierten in der Zeit von 2001 bis 2012 um den Wert von durchschnittlich 17,8 Prozent des BIP und wuchsen somit in einem ähnlichen Tempo wie das BIP. Auch die Sozialausgaben blieben relativ konstant. Sie variierten um den Wert von rund 9 Prozent des BIP, womit Peru über drei Prozentpunkte unter dem regionalen Durchschnitt liegt (Ministerio de Economía y Finanzas Peru, 2015; CEPAL, 2010, S. 156).

Jaramillo (2014) liefert die jüngste Untersuchung darüber, wie sich die peruanische Fiskalpolitik auf die Armut und Ungleichheit auswirkt. Mithilfe von Daten der nationalen Haushaltserhebung (ENAHO) und des Staatshaushalts analysiert er die Inzidenz und Progression der Standardsteuern

sowie der Sozialausgaben (Jaramillo, 2014, S. 392). Dabei verwendet er unterschiedliche Einkommensdefinitionen um so die Auswirkungen verschiedener Steuern und Sozialausgaben entlang der Einkommensverteilung festzustellen (Jaramillo, 2014, S. 392).

"Die Resultate zeigen, dass die Fiskalpolitik die Ungleichheit nur in geringem Mass reduziert. Dies ist auf das tiefe Niveau der Sozialausgaben und weniger auf ineffiziente Ausgaben zurückzuführen. Die meisten Bestandteile der Sozialausgaben sind progressiv und die totalen Sozialausgaben sind ebenfalls progressiver Natur. Nur die Sozialleistungen, die an den formellen Arbeitsmarkt gebunden sind (Krankenversicherung und Renten) sind entweder schwach progressiv oder regressiv. Die Sachleistungen haben die grösste Auswirkung, während direkte Transfers pro ausgegebenen Dollar in der kurzen Frist am effektivsten sind. Diese zwei Typen von Transfers sind allerdings schwer vergleichbar, da Sachleistungen durch die Humankapitalformation langfristig grössere Effekte haben. Steuerseitig gibt es ein positiver, wenn auch kleiner Effekt auf die Ungleichheit. Die indirekten Steuern haben, entgegen der Intuition, einen neutralen Effekt, wenn die informelle Wirtschaft in die Berechnung einbezogen wird (Jaramillo, 2014, S. 393-394)."

Diese Resultate werden auch von älteren Untersuchungen durch Jaramillo und Saavedra (2010), Monge, Vásquez und Winkelried (2009) sowie Breceda, Rigolini und Saavedra (2008) bestätigt. Monge et al. untersuchen vier peruanische Sozialprogramme und finden für diese Programme ebenfalls eine leichte Progression (2009, S. 10). Jaramillo und Saavedra (2010) analysieren für die Periode von 2001 bis 2006 anhand einer Mikrosimulation die unmittelbaren Ursachen hinter dem Ungleichheitsrückgang. Veränderungen in der Verteilung der Nichtarbeitseinkommen erklären dabei fast 90 Prozent des Rückgangs der totalen Ungleichheit. Da die Nichterwerbseinkommen in den unteren Dezilen der Einkommensverteilung stärker zugenommen haben als in den oberen und diese in Peru rund die Hälfte des gesamten Einkommens der Armen ausmachen (im Gegensatz zu einem Fünftel für die reicheren Dezile), hatten diese einen entscheidenden Einfluss auf die gesamte Ungleichheit (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 225). Zum Nichterwerbseinkommen gehören private Geldtransfers lokaler Herkunft, Überweisungen aus dem Ausland, öffentliche Geld- und Sachleistungen, unbezahlte Aufwendungen, Mieteinkünfte aus Grundeigentum (inkl. Eigenheim) und Kapitaleinkünfte. Die massgeblichen Faktoren in Peru waren höhere öffentliche Geldtransfers und Sachleistungen an die Armen, sowie private Transfers wie beispielsweise Überweisungen aus dem Ausland (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 219). Damit hatte die Fiskalpolitik laut Jaramillo und Saavedra (2010) in gewissem Masse einen positiven Einfluss auf den Ungleichheitsrückgang.

Somit lässt sich festhalten, dass die tiefen Sozialausgaben und die tiefe Steuerprogression nur eine geringfügige Einkommensumverteilung durch Steuern und Ausgaben bewirken (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 233). Steuerseitig ist die Besteuerung der Einkommen natürlicher Personen zu tief, auslagenseitig sind die Ausgaben trotz Progression nicht genügend stark auf die Armen ausgerichtet

(Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 233). Das tiefe Niveau der Besteuerung und die vergleichsweise tiefen Sozialausgaben deuten auf eine einflussreiche und vermögende politische Elite hin, die sich gegen eine höhere Umverteilung stellt. In einem Land wie Peru, das sich durch eine hohe Ungleichheit und ein tiefes Umverteilungsniveau charakterisiert, setzt sich der Medianwähler mit grösster Wahrscheinlichkeit für mehr Umverteilung ein. Dies lässt sich aber nicht feststellen. Auch wenn die öffentlichen Leistungen an die Armen anstiegen und zum Ungleichheitsrückgang des letzten Jahrzehnts beitrugen (Jaramillo & Saavedra, 2010, S. 233-235), blieben die Sozialausgaben in Relation zum BIP konstant. Der Leistungsanstieg ist als Folge des Wachstums sowie der höheren Steuereinnahmen zu verstehen und ist nicht durch ein höheres Umverteilungsniveau zu erklären. Diese Tatsache spricht für den zweiten, neueren Ansatz, bei dem der politische Einfluss vom Vermögen abhängt und die Elite an der Stelle des Medianwählers die Umverteilung bestimmt.

Die politische und wirtschaftliche Elite hat seit der Unabhängigkeit Perus im Jahr 1821 grossen Einfluss auf die Politik. Erst durch die Agrarreform von 1969 unter dem Militärregime Velasco wurde ihr ein Teil ihrer Machtgrundlage entzogen (Mauceri, 2004, S. 160). Die politische Entscheidungsfindung wird aber bis heute im Wesentlichen von einer "verrufenen, fragilen und fragmentierten politischen Elite" und einer "einflussreichen wirtschaftlichen Technokratie, gestärkt durch gute Wirtschaftsleistung der letzten Jahren", dominiert (Barrenechea & Villagarcia, 2014, S. 267). Die Tatsache, dass es in Peru keine echten Parteien gibt, macht es umso schwieriger, stabile Verbindungen zwischen der Politik und dem Volk zu schaffen (Barrenechea & Villagarcia, 2014, S. 267).

Um die Demokratie zu vertiefen sowie die Gleichheit und Effizienz in der Fiskalpolitik zu erhöhen, initiierte die Politik im Jahr 2002 ein Dezentralisierungsprozess (Carranza, 2013, S. 46). Dieser Prozess stattete die subnationalen Behörden mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen aus.⁵ Der "canon minero" beispielsweise ist ein Transfermechanismus, der seit 2007 50 Prozent der Steuereinnahmen aus dem Bergbau an die betroffenen lokalen Regierungen übermittelt. Dieser Ressourcentransfer soll sicherstellen, dass die vom Bergbau betroffenen Gebieten von den generierten Steuereinnahmen mit profitieren. Die subnationalen Regierungen erhalten ihre Ressourcen aber immer noch über die peruanische Regierung, womit sie über keine ausgedehnte Steuerhoheit verfügen und kein wirklicher Steuerwettbewerb besteht (Canavire-Bacarreza, Martínez-Vázquez & Sepúlveda, 2012, S. 3). Ausserdem sind die erhofften Vorteile der Dezentralisierung hinsichtlich Gleichheit und Effizienz trotz eines starken politischen Willens noch nicht ersichtlich (Carranza, 2013, S. 46). Die meisten lokalen Regierungen wurden mit dem Zufluss an Finanzen überfordert, die der Canon generiert. Zwar erlaubte der Canon den Bergbaudistrikten, die Armut und Ungleichheit stärker zu reduzieren als in den Distrikten ohne Bergbau (Zambrano, Robles, & Laos, 2014, S. 19). Allerdings verfügen die meisten lokalen Behörden nicht über die entsprechenden Fähigkeiten, um das gesamte

⁵ Die subnationalen Einheiten Perus bestehen aus 24 Departementen, 196 Provinzen und 1854 Distrikten.

Budget auszuschöpfen und die Gelder wirkungsvoll zu investieren (Loayza, Rigolini, Calvo-González, 2014, S. 58). Das liegt auch an der nationalen Regierung, die nicht daran interessiert ist, dass die subnationalen Behörden in ihren Gebieten Macht gewinnen und so der Widerstand der subnationalen Regierungen gegenüber dem neoliberalen Wirtschaftskurs und dem Bergbauboom zunimmt (Eaton, 2015). Denn viele regional und lokal gewählte Politiker wehren sich gegen den aktuellen Wirtschaftskurs, der seit der Regierung Fujimoris konsequent verfolgt wurde. Die Dezentralisierung erlaubte es den Gegnern des Bergbaus, sich besser zu formieren und den Druck auf die Zentralregierung zu erhöhen. Deshalb fürchtete die Zentralregierung einen Machtverlust und die Abkehr von der jetzigen Wirtschaftspolitik. Sie scheute sich in die Kapazitäten der subnationalen Behörden zu investieren und entwickelte neue Strategien, um die subnationalen Regierungen zu disziplinieren (Eaton, 2015). Diese beinhalten nicht nur Versuche, die Gesetzgebung auf regionaler Ebene zu schwächen und die soziale Verantwortung der Bergbauunternehmen zu stärken, sondern auch neue Steuerprogramme, welche den Privatsektor dazu einladen, die subnationalen Regierungen durch Infrastrukturinvestitionen und die direkte Bereitstellung von Leistungen zu ersetzen (Eaton, 2015).

Da der peruanische Dezentralisierungsprozess mit erheblichen Problemen verbunden ist, gilt es zu bezweifeln, dass er zu einer Vertiefung der Demokratie führte und die Stellung der politischen Eliten nachhaltig schwächte (Gallo-Rivera et al., 2013, S. 315; Crabtree, 2011, S. 240). Die peruanische Fiskalpolitik lässt sich eher anhand des zweiten Ansatzes einer starken politischen Elite erklären als mithilfe des Medianwählertheorem. In Anbetracht des tiefen Umverteilungsniveaus überwiegen die positiven Effekte der Umverteilung die Anreizverzerrungen, womit sich die Ungleichheit auch nach der Umverteilung noch negativ auf das Wachstum auswirkt.

4.4 Der Kanal der soziopolitischen Instabilität

Mit Fujimoris autoritärer Herrschaft von 1990 bis 2000 stieg auch die politische Gewalt durch das Regime. 1992 löste Fujimori mithilfe des Militärs den Kongress auf und nahm die Justizgewalt an sich. Während seiner Präsidentschaft liess er verschiedene Oppositionelle entführen und töten und schwächte die Opposition wo immer möglich. Proteste gegen das Regime kamen selten vor, da die politische Gelegenheitsstruktur möglichen Proteste und gemeinsamem Handeln die Legitimation nahm (Ponce & McClintock, 2014, S. 119). Zudem ging er sehr hart gegen aufkommende Terrorgruppen wie der des Leuchtenden Pfades vor. Mit dem Sturz Fujimoris im Jahr 2000 und der Wiederherstellung der Demokratie nahm die politische Gewalt durch das Regime ab. Unter den demokratisch gewählten Präsidenten der letzten 15 Jahren wurde die politische Gelegenheitsstruktur wieder günstiger und machte die Mobilisierung der Massen einfacher (Ponce & McClintock, 2014, S. 119; Bland & Chirinos, 2014). Gleichzeitig stiegen die sozialen Unruhen markant an, wie die Zahlen des Peruanischen Ombudsmanns zeigen (Abbildung 9).

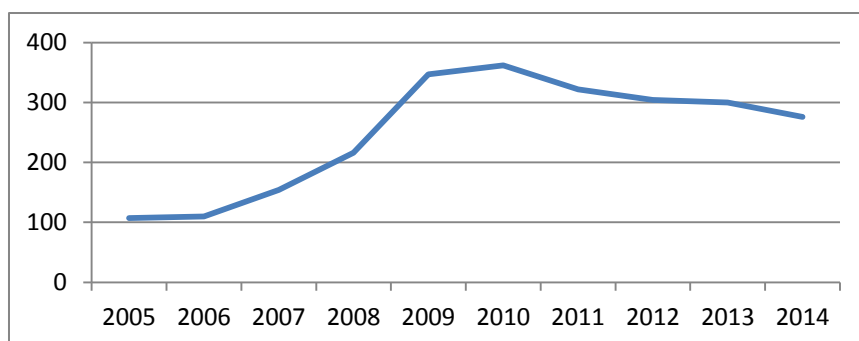


Abbildung 9: Soziale Konflikte (aktive, latente, gelöste und zurückgezogene Fälle)

Quelle: Peruanischer Ombudsmann (2015); Eigene Darstellung

Anmerkung: Daten sind erst ab Mai 2004 verfügbar.

Nicht alle diese Proteste können aber durch die hohe Ungleichheit erklärt werden. Es ist deshalb notwendig die Ursache der Unruhen zu kennen, um feststellen zu können, welche Proteste im Zusammenhang mit der hohen Ungleichheit stehen. Ponce und McClintock (2014b) zerlegen die Konflikte entsprechend ihrer Ursachen in verschiedene Gruppen und unterscheiden zwischen 7 Konflikttypen. Diese Analyse zeigt, dass die Zahl der Konflikte in allen Gruppen angestiegen ist. Der gewichtigste Typ sind die Konflikte im Zusammenhang mit sozialen und umweltpolitischen Problemen. Gut die Hälfte der Proteste sind dieser Gruppe zuzuordnen, womit sie im Vergleich zu den 6 anderen Konflikttypen eine Vorrangstellung einnimmt. Der zweithäufigste Protesttyp sind die Konflikte mit der lokalen Regierung. Bemerkenswert ist ausserdem der Anstieg der Arbeitskonflikte und der Konflikte mit der nationalen Regierung.

Years	All types of conflicts	Conflicts related to local government	Conflicts related to regional governments	Conflicts related to the national government	Conflicts related to social and environmental issues	Community conflicts	Labor conflicts	Conflicts over Territorial Borders
2004	2,10	0,77	0,05	0,00	0,93	0,07	0,00	0,27
2005	1,02	0,21	0,01	0,02	0,55	0,08	0,01	0,11
2006	0,34	0,05	0,01	0,00	0,22	0,05	0,00	0,01
2007	1,15	0,02	0,02	0,00	0,92	0,05	0,01	0,10
2008	3,32	0,55	0,11	0,18	1,72	0,11	0,19	0,40
2009	8,08	1,38	0,21	0,65	4,09	0,53	0,67	0,28
2010	6,91	0,80	0,25	0,45	3,98	0,28	0,44	0,31

Abbildung 10: Durchschnittliche Anzahl Konflikte nach Typ (in einem gegebenen Monat)

Quelle: Ponce & McClintock (2014b, S. 3)

Allerdings ist schwierig zu sagen, bei welchen Konflikten die Ungleichheit einen entscheidenden Einfluss hatte und inwiefern die Ungleichheit wirklich an der Wurzel eines Konflikts lag. Verschiedene Autoren weisen aber darauf hin, dass die meisten sozialen Konflikte mit der Tätigkeit der Rohstoffindustrie zusammenhängen (Bland & Chirinos, 2014, S. 73; Barrantes & Berdegué, 2013, S. 19; Ballena, 2015). Es liegt auf der Hand, dass die grossen Bergbauinvestitionen des vergangenen

Jahrzehnts zu Umweltbedenken führten und in den betroffenen Regionen Konflikte auslösten. Die gestiegenen Bergbauinvestitionen können auch einen Teil der Konflikte mit der lokalen Regierung erklären. Einerseits sind die Behörden oftmals nicht fähig, sich im Streit mit den Minenunternehmen wirkungsvoll für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen (Arellano-Yanugas, 2011, zit. in Ponce & McClintock, 2014, S. 120). Dies erhöht die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber den politischen Beamten. Andererseits haben der Rohstoffboom und die Dezentralisierung die Steuerressourcen der lokalen Regierungen in den Bergbaugebieten ansteigen lassen. Diese Ressourcen sollten eigentlich zu öffentlichen Investitionen, einem besseren Zugang zu öffentlichen Leistungen und einer höheren Lebensqualität in den betroffenen Regionen führen. Allerdings konnten, wie bereits erwähnt, die lokalen Behörden oftmals nur einen Teil des Budgets ausschöpfen, da sie mit den finanziellen Mitteln überfordert waren. Diese Unfähigkeit und der schlechte Umgang mit den Geldern schürten weitere Konflikte mit den lokalen Regierungen (Loayza, Teran & Rigolini, 2013, S. 2). So haben die Transfers an die subnationalen Regierungen die lokalen Proteste verschärft, wenn die Behörden nicht über die notwendigen administrativen und technischen Fähigkeiten verfügten, um das Budget voll auszuschöpfen (Ponce & McClintock, 2014, S. 133-134). Wo die subnationalen Regierungen hingegen fähig waren, die Transfergelder gewinnbringend für die Bevölkerung einzusetzen, kam es zu weniger Protesten (Ponce & McClintock, 2014, S. 133-134).

Der Ursprung der meisten Konflikte hat somit stark mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung zu tun. Die Ungleichheit scheint keine unmittelbare Ursache zu sein. Wenn die Ungleichheit mit Konfliktzahl verglichen wird, so besteht in der Zeit von 2005 bis 2010 sogar ein negativer Zusammenhang. Während die Ungleichheit fiel, nahmen die Konflikte zu. In Peru trifft somit das Gegenteil der theoretischen Vorhersage zum Zusammenhang zwischen Ungleichheit und soziopolitischer Instabilität zu. Die vertikale Ungleichheit kann daher schwer für die gestiegenen Konflikte verantwortlich sein. Die Persistenz der horizontalen Ungleichheit hingegen kann einen Teil der Konflikte erklären, da sich viele Unruhen in Bergbaugebieten mit einem hohen Anteil indigener Bevölkerung abspielten. Andauernde politische und sozioökonomische Missstände können gekoppelt mit starken Gruppenidentitäten zu sozialen Konflikten, Ausschreitungen und sogar Krieg (Stewart, 2014, S. 51). Die Regierung interessierte sich bis zur Einführung des "Canon Minero" im Jahr 2007 wenig für die sozioökonomischen Missständen in den Bergen und fokussierte, wie bereits erwähnt, auf die Küste und die urbanen Gebiete. Die rurale und grösstenteils indigene Bevölkerung in den Bergbaugebieten zeigte sich dementsprechend unzufrieden mit der persistenten horizontalen Ungleichheit zwischen ihnen und der Bevölkerung in Lima sowie der urbaneren Küste.

Ab 2010 nahmen die Unruhen stetig ab und verloren auch an Intensität. Mitverantwortlich hierfür könnte die tiefere vertikale Ungleichheit sein, die etwas zeitversetzt diesen Rückgang bewirkte. Es ist auch möglich, dass die Gelder aus dem "Canon Minero", die trotz der Überforderung der lokalen Behörden die Lebensumstände in den betroffenen Gebieten etwas verbesserten, ihren Teil dazu

beitragen haben. Ein weiterer Grund für die Abnahme ist auch die vermehrte Kooperation zwischen den Minenunternehmen und den vom Rohstoffabbau betroffenen Gemeinschaften (Ballena, 2015). Zusätzlich hat der Fall der Rohstoffpreise zum Rückzug verschiedener Bergbauprojekte geführt und das Konfliktpotential verringert (Ballena, 2015). Welcher Faktoren am meisten für die tieferen Unruhen ab 2010 verantwortlich ist, lässt sich aber schwer sagen.

Klar ist, dass die soziopolitischen Unruhen in Peru grösstenteils mit dem eingeschlagenen Wirtschaftskurs zusammenhängen. Da der Bergbau für die umliegende Bevölkerung nur wenig positive, aber viele negative Externalitäten bringt, birgt er grosses Konfliktpotential. Zusammen mit einer persistenten horizontalen Ungleichheit, welche die betroffene Bevölkerung von den Vorteilen des Wirtschaftswachstums ausgegrenzt, führt die gewichtige Bergbauindustrie mit grosser Wahrscheinlichkeit zu sozialen Unruhen. Es braucht deshalb einen starken Staat, der die horizontalen Ungleichheiten mindert und sicherstellt, dass auch die Bergregionen von dem Wachstum profitieren. So können Konflikte und deren negative Implikationen für das Wachstum verhindert werden.

4.5 Der Sparkanal

Nach Kaldors Hypothese (1956) führte die gefallene Ungleichheit in Peru zu tieferen Haushaltsersparnissen, was wiederum die Investitionen und das Wachstum hemmte. Um diese theoretische Hypothese zu prüfen, muss die Entwicklung der Haushaltsersparnissen analysiert werden. Es ist davon auszugehen, dass die gestiegenen Einkommen der letzten 15 Jahre die Ersparnisse ansteigen liessen. Steigende Ersparnisse der Haushalte können grundsätzlich durch drei Faktoren erklärt werden: (a) höhere Einkommen, (b) eine grössere Sparquote, und (c) eine grössere Einkommenskonzentration (vorausgesetzt, dass die Sparquote mit steigenden Einkommen zunimmt). Welche Rolle die Einkommenskonzentration in der Gesamtentwicklung der Ersparnisse spielt, ist deshalb nicht einfach festzustellen und liegt ausserhalb des Möglichen dieser Arbeit. Meines Wissens gibt es für Peru auch keine Arbeit, die sich explizit mit dem Sparkanal beschäftigt. Ob und wie stark die gesunkene Einkommensungleichheit in Peru die Haushaltsersparnisse sinken liess, lässt sich deshalb nicht abschliessend beantworten.

Aklilu (2010) untersucht, wie sich die Gefahr von politischer Instabilität auf die Haushaltsersparnisse in Peru auswirkt. Er tut dies im Zusammenhang mit den starken politischen Unruhen am Ende der 80er Jahre und zeigt, dass die hohe Einkommenskonzentration in Peru die sozialen Unruhen anheizten, was sich negativ auf die Haushaltsersparnisse auswirkte (Aklilu, 2010, S. 87). Allerdings untersucht er nicht die direkte, positive Auswirkung der Ungleichheit auf die Ersparnisse, so wie sie Kaldor beschreibt. Seine Arbeit ist demnach eigentlich dem Kanal der soziopolitischen Instabilität zuzuordnen. Trotzdem ist sie an dieser Stelle erwähnenswert, da sie die indirekten (über den Kanal der politischen Unruhen) Auswirkungen einer höheren Ungleichheit auf die Haushaltsersparnissen aufzeigt. Wenn man den Ersparnis Kanal mit dem Kanal der soziopolitischen Instabilität kombiniert, kann eine hohe Einkommensungleichheit nämlich auch negative Auswirkungen auf die Haushaltsersparnisse haben. In einem intertemporalen Modell, bei dem hohe soziopolitische Unruhen

die individuelle Zeitpräferenz erhöhen, führen die Unruhen zu einer tieferen Sparquote und senken somit die Ersparnisse (Aklilu, 2010, S. 76). Es bestehen also zwei gegenteilige Effekte. Einerseits erhöht eine starke Einkommenskonzentration die Ersparnisse (Kaldors Hypothese), andererseits senkt sie die Ersparnisse durch die soziopolitischen Unruhen und die daraus resultierende Unsicherheit. Der Nettoeffekt bleibt damit unklar und hängt davon ab, welcher Kanal dominierend ist. Die Untersuchung Aklilus über den Zeitraum von 1985 bis 1994 zeigt, dass sich das hohe Niveau der soziopolitischen Unruhen zum Ende der verlorenen Dekade negativ auf die durchschnittliche Sparquote auswirkte (2010, S. 87).

Allerdings bleibt der Nettoeffekt auf die Haushaltsersparnisse unklar, da Aklilu (2010) die positiven, ersparnissteigernden Auswirkungen der Ungleichheit nicht untersucht. Ausserdem ist anzumerken, dass die soziopolitische Instabilität zwischen 1985 und 1994 nur teilweise durch die hohe Ungleichheit erklärt werden kann. Andere Umstände wie die damalige Wirtschaftskrise und die Hyperinflation liegen ebenso an der Wurzel der Unruhen. Zudem ist klar, dass die Unruhen in den 80er Jahren nicht mit den Konflikten der vergangenen fünfzehn Jahre zu vergleichen sind. Die Terrorgruppe Leuchtender Pfad löste damals bürgerkriegsähnliche Zustände aus, die fast 70'000 Menschen das Leben kosteten. Verglichen mit diesen Zuständen sind die Konflikte des vergangenen Jahrzehnts weitaus weniger tragisch und wirkten sich weniger stark auf das Wachstum aus.

Trotzdem ist es in Peru unwahrscheinlich, dass die Gewinne aus einer hohen Ungleichheit die Kosten derselben überwiegen, wie der nächste Abschnitt zeigen wird.

4.6 Ganzheitliche Betrachtung der Kanäle

Die Beleuchtung der Kanäle hat gezeigt, dass sich die Ungleichheit durch den Kanal der Kreditmarktunvollkommenheit und der Fiskalpolitik negativ auf das Wachstum transferiert. Die soziopolitische Instabilität hängt zu einem grossen Teil mit der Bergbauindustrie zusammen, wird aber durch die horizontalen Ungleichheiten verstärkt, weshalb auch dieser Kanal die bestehende Ungleichheit auf das Wachstum überträgt. Somit besteht für Peru insgesamt eine negative Ungleichheit-Wachstum Beziehung. Dies bedeutet, dass das aussergewöhnliche Wirtschaftswachstum Perus teilweise auf die gefallene Ungleichheit zurückzuführen ist. Diese Schlussfolgerung bleibt aber insofern unsicher, als dass die wachstumstreibende Wirkung des Sparkanals nicht eingehend analysiert werden konnte. Halter et al. (2014) weisen jedoch darauf hin, dass die positiven Effekte einer hohen Ungleichheit meist kurzfristig sind, während die negativen Konsequenzen mit einer Zeitverzögerung einsetzen und in der langen Frist dominieren. Für Peru gibt es eine Vielzahl von Gründen, die dafür sprechen, dass die wachstumstreibende Komponente der Ungleichheit (höhere Sparquote) die wachstumshemmenden Kanäle (Kreditmarktunvollkommenheit, Fiskalpolitik, soziopolitische Unruhen) langfristig kaum dominieren kann. Ein Grund ist die relative Stärke der anderen Kanäle, insbesondere die Untiefe der Kreditmärkte. Es kann davon ausgegangen werden, dass je imperfekter die Kreditmärkte sind, umso negativer sich die Ungleichheit auf das Wachstum auswirkt. Der sehr untiefe Kreditmarkt Perus wirkt sich dementsprechend stark auf das Wachstum aus. Der Kanal der

soziopolitischen Instabilität birgt ebenfalls das Potential, eine höhere Ungleichheit ziemlich direkt auf das Wachstum zu übertragen. Boushey und Price (2014) resümieren, dass vor allem die Reichen von der Ungleichheit profitieren und tieferen Einkommen unter der Ungleichheit leiden. In Peru bedeutet dies, dass in erster Linie die Weissen von der Ungleichheit profitieren, während die Indigenen am stärksten von den negativen Folgen der Ungleichheit betroffen sind. 39 Prozent aller Weissen in Peru gehören zum obersten Dezil der Einkommensverteilung; 49 Prozent aller Indigenen zu den untersten 40 Prozent (siehe Abbildung 2 in Abschnitt 3.1). Das bedeutet, dass eine höhere Ungleichheit die bestehenden horizontalen Ungleichheiten verstärken würde. Damit erhöht sich auch das Konfliktpotential. Wie gezeigt werden konnte, hängen die soziopolitischen Unruhen stark mit den horizontalen Ungleichheiten und der Unzufriedenheit gegenüber dem eingeschlagenen Wirtschaftskurs zusammen. Wenn die Ungleichheit deshalb ansteigen würde, dann könnte dies die Unzufriedenheit in den Bergbaugebieten verstärken da die indigene, rurale Bevölkerung negativ von der Ungleichheit betroffen wäre. Die langfristigen Kosten der Ungleichheit, die über die Kanäle der Kreditmarktunvollkommenheit, der soziopolitischen Instabilität und der Fiskalpolitik auf das Wachstum übertragen werden, übersteigen damit ziemlich klar die kurzfristigen Gewinne aus einer höheren Sparquote.

4.7 Politikempfehlungen

Eine negative Ungleichheit-Wachstum Beziehung impliziert, dass die Politik mit einer Ungleichheitsreduktion nicht nur die Einkommensverteilung gleicher macht, sondern auch das langfristige Wachstum erhöht. Der starke Rückgang der Metallpreise liess das Wirtschaftswachstum Perus in 2014 auf 2,35 Prozent fallen und es bestehen Befürchtungen, dass das wachstumsstarke Peru des vergangenen Jahrzehnts auf eine Rezession zusteuert (Peruvian Times, 2015). Es braucht deshalb Politiken, die ein nachhaltiges Wachstum sicherstellen. Die Analyse der Kanäle hat einige Ansatzpunkte offenbart, anhand derer die Politik die Ungleichheit reduzieren und das langfristige Wachstum erhöhen kann. Im Folgenden werden drei dieser Punkte erläutert.

Die erste Politikempfehlung beinhaltet die *Erhöhung der Bildungsausgaben*. In Anbetracht der Tatsache, dass die Rohstoffreserven beschränkt sind und die Ausbeutung derselben nicht immer so stark zunehmen kann wie in den letzten 20 Jahren, muss langfristig ein neuer wirtschaftspolitischer Weg eingeschlagen werden. Der Bergbau, der eine entscheidende Rolle im Wachstum des vergangenen Jahrzehnts spielte, ist ein sehr kapitalintensiver Sektor mit einem tiefen Bedarf an Humankapital. Wenn Peru seine Rohstoffabhängigkeit reduzieren möchte und den Übergang vom Entwicklungsland zu einem Industrieland anstrebt, ist es unerlässlich, den Humankapitalbestand zu erhöhen. Bildungsinvestitionen zeigen kurzfristig zwar wenig unmittelbare Effekte, können aber langfristig entscheidende Auswirkung auf das Wachstum haben. Daher sollte der peruanische Staat die Qualität der öffentlichen Bildung verbessern und den Zugang zu tertiärer Bildung verbessern. Baca Campodónico et al. bestätigen anhand eines Dynamischen Angewandten Allgemeinen Gleichgewichtsmodells (DCGEM) über die letzten zwanzig Jahre, dass Investitionen in Bildung und

Gesundheit in der langen Frist mehr Wirtschaftswachstum generieren als Infrastrukturinvestitionen (2014, S. 45). Das Priorisieren der Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen wirkt sich aber nicht nur positiv auf das Wachstum aus, sondern hat auch einen leicht positiven Einfluss auf die Einkommensverteilung (Baca Campodónico et al., 2014, S. 44). Die tiefere Einkommensungleichheit wiederum verstärkt den langfristig positiven Effekt auf das Wachstum.

Um den Effekt der Bildungsausgaben auf die Gleichheit möglichst gross zu machen, müssen die Investitionen gezielt dort ansetzen, wo arme Haushalte an Humankapitalinvestitionen gehindert werden. Das bedeutet beispielsweise, dass der Staat nicht unbedingt in teure Hochschulen investieren sollte, die sich nur reiche Familien leisten können. Der Effekt auf die Ungleichheit ist grösser, wenn er die Qualität der öffentlichen Schulen verbessert, da sich nur die Wohlhabenden Privatschulen leisten können. Durch die bessere Qualität erhöht er die Chancen der ärmeren Abgänger öffentlicher Schulen, sich für ein Studium an einer Universität einschreiben zu können. Gleichzeitig sollte der Staat aber auch den Zugang zu tertiärer Bildung, der deutlich regressiv ist, gleicher machen. Deshalb sollte er den Ausbau des Hochschulangebots nicht nur dem Privatsektor überlassen, sondern sich selbst daran beteiligen. Durch tiefe Studiengebühren und/oder Stipendien an einkommensschwache Studenten könnte er sicherstellen, dass der Zugang zu den Hochschulen gleicher wird.

Die zweite Politikempfehlung zielt auf das Konfliktpotential, das in den Bergbaugebieten vorherrscht. Sie beinhaltet die Vertiefung des Dezentralisierungsprozesses im Sinne einer *Stärkung der Kapazitäten auf regionaler und lokaler Ebene*. In den Bergbaugebieten braucht es starke, demokratische Institutionen, welche zwischen der Bevölkerung und der Bergbauindustrie vermitteln und die Steuereinnahmen aus dem Bergbau effizient und effektiv investieren (vgl. Escobal & Ponce, 2011). Der "Canon Minero" ist ein wichtiges Instrument, um die betroffenen Bergbaugebieten an den generierten Steuereinnahmen teilhaben zu lassen. Allerdings müssen die subnationalen Behörden auch befähigt werden, die Gelder wirkungsvoll einzusetzen. Erst dann profitiert die betroffene, grösstenteils rurale und indigene Bevölkerung von diesen Geldern. Damit würde die überproportionale Aufmerksamkeit, welche die Politik der Küste über lange Zeit schenkte, abgeschwächt werden. Dies würde die horizontale Ungleichheit zwischen der Küste und den Berggebieten reduzieren. Die Investitionen aus dem "Canon Minero" würden zudem die horizontale Ungleichheit zwischen den Weissen und der indigenen Bevölkerung verkleinern, da die Indigenen überproportional stark von den Geldern profitieren. Tiefere horizontale Ungleichheiten wiederum dämpfen die sozialen Unruhen in den Bergbaugebieten und tragen zu einem landesweit stabilen Wirtschaftsumfeld bei. Ein solches Umfeld ist unerlässlich, wenn Peru weiterhin ein attraktives Zielland für ausländische Direktinvestitionen sein will.

Die Stärkung der subnationalen Regierungen und deren Kapazitäten bedingt den Willen der politischen und ökonomischen Elite des Landes. Sie muss gewillt sein, Macht abzugeben und in die Kapazitäten der regionalen und lokalen Behörden zu investieren. Nur so können die Vorteile der Dezentralisierung abgeschöpft werden. Allerdings wäre es auch wichtig, die weiteren Konsequenzen

aus einer Stärkung der subnationalen Behörden zu kennen. Die Elite befürchtet beispielsweise, dass durch die Stärkung der Widerstand gegenüber dem neoliberalen Wirtschaftskurs grösser würde. Das kann je nach Ausmass des Widerstands auch negative Konsequenzen auf das Wachstum haben. Ob dies tatsächlich der Fall sein würde, lässt sich an dieser Stelle nicht beurteilen.

Die dritte Politikempfehlung schliesslich beinhaltet ein generell *höheres Umverteilungsniveau*. Das aktuelle Niveau der Umverteilung ist vergleichsweise tief, wodurch sich die Ungleichheit auch nach der Umverteilung noch negativ auf das Wachstum auswirkt. Mehr Umverteilung wirkt den sozialen Unruhen und den negativen Effekten der Kreditmarktunvollkommenheit entgegen, erhöht die Investitionen und stärkt das langfristige Wachstum. Dabei sollte gezielt in diejenigen Sozialprogramme investiert werden, die klar auf den untersten Teil der Einkommensverteilung ausgerichtet sind und damit den grössten Effekt auf die Ungleichheit haben. Gleichzeitig muss aber auch darauf geachtet werden, dass die höheren Sozialausgaben kein Budgetdefizit verursachen. Da die Steuereinnahmen von der Entwicklung der Rohstoffpreise abhängig sind, kann ein internationaler Rohstoffpreisschock zu einer Kontraktion der Steuereinnahmen führen, was bei gleichbleibenden Ausgaben schnell in einem Budgetdefizit endet. Aus diesem Grund sollten simultan zur Erhöhung der Sozialausgaben auch mehr Steuereinnahmen generiert werden. Wie genau dies geschehen soll, lässt sich an dieser Stelle jedoch nicht beantworten. Da Steuern immer auch Verzerrungen bewirken, sollten mögliche Steuerreformen allerdings gut geprüft werden.

5 Schlusswort

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht ein Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wachstum in Peru herzustellen. Im Vergleich zu anderen Rohstoffexporteuren zeichnete sich Peru in den Jahren 2001 bis 2013 als überdurchschnittlich wachstumsstark aus. Sowohl das weltweite Sample mit Exporteuren ähnlicher Rohstoffe als auch der Vergleich innerhalb Lateinamerikas zeigten, dass das Wachstum Perus in der Zeit von 2001 bis 2013 nicht nur eine Folge des Rohstoffpreisbooms war. Es ist in einem grösseren Zeithorizont betrachtet auch durch die schwache Wirtschaftsleistung der 70er und 80er zu erklären und als eine Erholung derselben zu erachten. Ob auch die gefallene Ungleichheit einen direkten Einfluss auf das Wachstum hatte ist grundsätzlich schwierig zu beurteilen, da sich nicht genau sagen lässt, wie das Wachstum bei gleichbleibender Ungleichheit ausgefallen wäre. Die Analyse der vier Transmissionskanäle zeigte aber, dass sich die Ungleichheit durch drei der vier Kanäle negativ auf das Wachstum auswirkt. Die untiefen Kreditmärkte Perus erschweren Unternehmen in der Schattenwirtschaft mögliche ertragsreiche Investitionen und halten einkommensarme Haushalte von Investitionen in ihr eigenes Humankapital ab. Die Fiskalpolitik und insbesondere die Sozialausgaben hatten zwar einen gleichmachenden Effekt und trugen entscheidend zum Ungleichheitsrückgang des letzten Jahrzehnts bei. Die Sozialausgaben sind im regionalen Vergleich aber immer noch auf tiefem Niveau und haben sich relativ zum BIP gesehen nicht verändert. Die soziopolitischen Unruhen stiegen bis 2010 bedeutend an, was unter anderem mit der Persistenz der horizontalen Ungleichheiten zusammenhängt. Damit besteht genügend Evidenz für einen negativen Zusammenhang. In Anbetracht der negativen Beziehung, dem ursprünglich hohen Ungleichheitsniveau und dem deutlichen Ungleichheitsrückgang ist daher anzunehmen, dass der Rückgang einen direkten und positiven Einfluss auf Wachstum hatte.

Diese Arbeit benutzte als Ungleichheitsmass den Gini-Koeffizient, ein aggregiertes Mass der Einkommensverteilung. Arbeiten von Föllmi, Oechslin und Zahner (2013) sowie Voitchovsky (2005) zeigen aber, dass sich solche Masse nicht optimal eignen um den Einfluss der Ungleichheit auf das Wachstum zu messen. Demnach wirken sich die Ungleichheiten in den unterschiedlichen Segmenten der Einkommensverteilung unterschiedlich auf das Wachstum aus. Ungleichheit am oberen Ende der Einkommensverteilung fördert das Wachstum, während die Ungleichheit am unteren Ende das Wachstum negativ beeinflusst (Voitchovsky, 2005). Föllmi et al. (2013) unterscheiden zwischen reicheren und ärmeren Ländern und finden, dass in einkommenschwachen Ländern eine grössere Ungleichheit am oberen Ende der Einkommensverteilung dem Wachstum schadet und eine stärkere Mittelschicht auf Kosten der Reichen das Wachstum fördert. Für eine nächste Untersuchung zu Peru wäre es daher interessant die Ungleichheit zu zerlegen um zu sehen, welche Ungleichheit sich in welcher Art und Weise auf das Wachstum auswirkt. Dadurch liessen sich noch exaktere Empfehlungen für die Politik ableiten. Die Analyse der Transmissionskanäle im Rahmen dieser Arbeit zeigte drei Politiken auf, welche die Ungleichheit reduzieren und langfristig das Wachstum erhöhen: 1. Die Erhöhung der Bildungsausgaben; 2. Die Stärkung der Kapazitäten auf regionaler und lokaler

Ebene; und 3. Ein höheres Umverteilungsniveau. Insbesondere die letzte Politikempfehlung liesse sich durch die Kenntnis der verschiedenen Ungleichheiten entlang der Einkommensverteilung verfeinern, da man wüsste, welche Ungleichheit am schädlichsten ist und deshalb am ersten angegangen werden sollte.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aghion, P. & Bolton, P. (1997). A Theory of Trickle-Down Growth and Development. *The Review of Economic Studies*, 64(2), 151–172.
- Alesina, A. & Perotti, R. (1996). Income distribution, political instability, and investment. *European Economic Review*, 40(6), 1203–1228.
- Aklilu, S. (2010). Sociopolitical Instability, Income Shocks and Household Savings: Evidence from Peru. *The Latin Americanist*, 54(2), 75–94.
- Baca Campodónico, J. F., Peschiera Cassinelli, J. R. & Mesones, J. A. (2014) *The Impact of Public Expenditures in Education, Health, and Infrastructure on Economic Growth and Income Distribution in Peru* (Working Paper No. IDB-WP-490). Washington D.C.: Inter-American Development Bank.
- Ballena, A. T. (23.02.2015). ¿Estamos preparados para atender la conflictividad social? *El Comercio*. Abgerufen am 23. März 2015 von: <http://elcomercio.pe/economia/peru/estamos-preparados-atender-conflictividad-social-noticia-1793246>
- Banerjee, A. V. & Newman, A. F. (1993). Occupational Choice and the Process of Development. *Journal of Political Economy*, 101(2), 274–298.
- Baracat, E. A., Finger, J. M., Thorne, R. L. & Nogués, J. J. (2013). *Sustaining Trade Reform. Institutional Lessons from Argentina and Peru*. Washington D.C.: World Bank.
- Barrantes, R. & Berdegué, J. A. (2013). *Peru Case Study. Peru: Great Progress, Greater Challenges*. Maastricht: European Centre for Development Policy Management.
- Barrenechea, R. & Villagarcía, P. S. (2014). Peru 2013: The Paradox of Stability. *Revista de Ciencia Política*, 34(1), 267–292.
- Barro, R. J. (2000). Inequality and Growth in a Panel of Countries. *Journal of Economic Growth*, 5(1), 5–32.
- Barro, R. J. & Lee, J.-W. (2013). A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950–2010. *Journal of Development Economics*, 104, 184–198.
- Bauer, R. (20.03.2015). Peru will nach oben. *Neue Zürcher Zeitung*. Abgerufen am 24. März 2015 von: <http://www.nzz.ch/wirtschaft/peru-will-nach-oben-1.18506063>
- Bénabou, R. (1996). *Inequality and Growth* (NBER Working Paper No. 5658). Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Bénabou, R. (2000). Unequal Societies: Income Distribution and the Social Contract. *American Economic Review*, 90(1), 96–129.

- Bland, G. & Chirinos, L. A. (2014). Democratization Through Contention? Regional and Local Governance Conflict in Peru. *Latin American Politics and Society*, 56(1), 73–97.
- Boushey, H. & Price, C. P. (2014). *How Are Economic Inequality and Growth Connected? A Review of Recent Research*. Washington D.C.: Washington Center for Equitable Growth.
- Breceda, K., Rigolini, J. & Saavedra, J. (2008). *Latin America and the Social Contract: Patterns of Social Spending and Taxation* (Policy Research Working Paper No. 1015). Washington D.C.: World Bank.
- Canavire-Bacarreza, G., Martínez-Vázquez, J. & Sepúlveda, C. (2012). *Sub-national Revenue Mobilization in Peru* (Working Paper No. IDB-WP-299). Washington D.C.: Inter-American Development Bank.
- Carranza, L. (2013). Politics of Fiscal Reforms in Peru. In J. Santiso & J. Dayton-Johnson, *The Oxford Handbook of Latin American Political Economy* (43–67). Oxford: University Press.
- Castro, J. F., Yamada, G. & Arias, O. (2011). *Higher Education Decisions in Peru: On the Role of Financial Constraints, Skills and Family Background* (Documento de Discusión DD/11/14). Lima: Universidad del Pacífico.
- Cingano, F. (2014). *Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth* (OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 163). OECD Publishing.
- Cornia, G. A. (2014). *Falling Inequality in Latin America: Policy Changes and Lessons*. Oxford: University Press.
- Crabtree, J. (2011). *Fractured Politics: Peruvian Democracy Past and Present*. London: University of London.
- Eaton, K. (2015). Disciplining Regions: Subnational Contention in Neoliberal Peru. *Territory, Politics, Governance*, 2015, 1–23.
- Escobal, J. & Ponce, C. (2012). Polarización y segregación en la distribución del ingreso en el Perú: Trayectorias desiguales (Documento de Investigación 62). Lima: Grupo de Análisis para el Desarrollo (GRADE).
- Fawaz, F., Rahnama, M. & Valcarcel, V. J. (2014). A refinement of the relationship between economic growth and income inequality. *Applied Economics*, 46(27), 3351–3361.
- Figueroa, A. (2008). Education, Labour Markets and Inequality in Peru (CRISE Working Paper No. 48). Oxford: Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity
- Föllmi, R., Oechslin, M. & und Zahner, M. (2013). *Inequality and Growth: Relying on Quantile Shares*. Abgerufen am 16. Juli 2014 von:
http://www.econ.uzh.ch/eiit/Papers/Quantile_shares_growth_Dec13.pdf

- Gallo-Rivera, M. T., Garrido-Yserte, R., Gonzales de Olarte, E. & Pozo-Segura, J. M. (2013). The Paradox of Peruvian Growth: The Evolution of Territorial Disparities and Regional Policies. In J. R. Cuadrado-Roura & P. Aroca, *Regional Problems and Policies in Latin America* (293–322). Berlin: Springer.
- Galor, O. & Zeira, J. (1993). Income Distribution and Macroeconomics. *The Review of Economic Studies*, 60(1), 35–52.
- Halter, D., Oechslin, M. & Zweimüller, J. (2014). Inequality and growth: the neglected time dimension. *Journal of Economic Growth*, 19(1), 81–104.
- Hausmann, R. & Klinger, B. (2008). *Growth Diagnostics in Peru* (CID Working Paper No. 181). Harvard: Center for International Development.
- Illescas, J. & Jaramillo, C. F. (2011). *Export Growth and Diversification. The Case of Peru* (Policy Research Working Paper No. 5868). Washington D.C.: World Bank.
- Jaramillo, M. (2014). The Incidence of Social Spending and Taxes in Peru. *Public Finance Review*, 42(3), 391–412.
- Jaramillo, M. & Saavedra, J. (2010). Inequality in Post-Structural Reform Peru: The Role of Market Forces and Public Policy. In L. F. López-Calva & N. Lustig, *Declining Inequality in Latin America. A Decade of Progress?* (218–245). Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Kaldor, N. (1956). Alternative Theories of Distribution. *The Review of Economic Studies*, 23(2), 83–100.
- Keefer, P. & Knack, S. (2002). Polarization, politics and property rights: Links between inequality and growth. *Public Choice*, 111, 127–254.
- Klinger, B., Khawaja, A. I. & LaMonte, J. (2014). *Improving Credit Risk Analysis with Psychometrics in Peru* (Working Paper No. IDB-TN-587). Washington D.C.: Inter-American Development Bank.
- KPMG (2012). *Peru - Country Mining Guide*. Lima: KPMG International Cooperative.
- Loayza, N., Teran, A. & Rigolini, J. (2013). *Poverty, Inequality, and the Local Natural Resource Curse* (Policy Research Working Paper No. 6366). Washington D.C.: World Bank.
- Loayza, N., Rigolini, J. & Calvo-González, O. (2014). More than you can handle: Decentralization and Spending Ability of Peruvian Municipalities, *Economics & Politics*, 26(1), 56–78.
- Lustig N. & Lopez-Calva, L. (2010). Declining Latin American inequality: Market forces or state action? *VoxEU*. Abgerufen am 02. März 2015 von: <http://www.voxeu.org/article/declining-latin-american-inequality-market-forces-or-state-action>

- Maoz, Y., & Moav, O. (1999). Intergenerational earnings and the process of development. *The Economic Journal*, 109, 677–697.
- Mauceri, P. (2004). State, Elites, and the Response to Insurgency. Some Preliminary Comparisons between Colombia and Peru. In J.-M. Burt, *Politics in the Andes* (146–164). Pittsburgh: University.
- Ministerio de Economía y Finanzas Peru (2015). *Ejecución del Gasto Social 1999–2012*. Abgerufen am 14. März 2015 von: https://mef.gob.pe/index.php?option=com_content&view=article&id=280&Itemid=100850&lang=es
- Monge, A., Vásquez, E. & Winkelried, D. (2009). *¿Es el gasto público en programas sociales regresivo en el Perú?* (Documento de Trabajo 84). Lima: Universidad del Pacífico.
- Morón, E., Salgado, E. & Seminario, C. (2013). *Regional Financial Development and Firm Growth in Peru* (Working Paper No. IDB-WP-398). Washington D.C.: Inter-American Development Bank.
- Murakami, Y. & Blom, A. (2008). *Accessibility and Affordability of Tertiary Education in Brazil, Colombia, Mexico and Peru within a Global Context* (Policy Research Working Paper No. 4517). Washington D.C.: World Bank.
- Neves, P. C. & Silva, S. M. (2014). Survey Article: Inequality and Growth: Uncovering the Main Conclusions from the Empirics. *Journal of Development Studies*, 50(1), 1–21.
- Orihuela, J. C. (2012). The Making of Conflict-Prone Development. Trade and Horizontal Inequalities in Peru. *European Journal of Development Research*, 24, 688–705.
- Ostry, J. D., Berg, A. & Tsangarides, C. G. (2014). *Redistribution, Inequality and Growth* (IMF Staff Discussion Note SDN/14/02). Washington D.C.: International Monetary Fund.
- Owen, A., & Weil, N. (1998). Intergenerational earnings, mobility, inequality and growth. *Journal of Monetary Economics*, 41, 71–104.
- Oxford Business Group (2013). *The Report: Peru 2014*. Oxford: Business Group.
- OECD (2013). *PISA 2012. Ergebnisse im Fokus. Was 15-Jährige wissen und wie sie dieses Wissen einsetzen können*. Abgerufen am 28. Februar 2015 von: <http://www.oecd.org/pisa/keyfindings/pisa-2012-results-overview-GER.pdf>
- OECD/ECLAC/CIAT (2014). *Revenue Statistics in Latin America*. OECD Publishing.
- Perotti, R. (1996). Growth, income distribution, and democracy: What the data say. *Journal of Economic Growth*, 1, 149–187.
- Peruanischer Ombudsmann (2015). *Informes Anuales de la Defensoría del Pueblo al Congreso de la República 2005–2014* (Jährliche Berichte des Ombudsmanns an den Kongress der Republik

- 2005–2014). Abgerufen am 17. Februar 2015 von: <http://www.defensoria.gob.pe/informes-publicaciones.php>
- Peruvian Times (19.02.2015). *Peru's Economy Slows to 2.35% in 2014*. Abgerufen am 21. Februar 2015 von: <http://www.peruviantimes.com/19/perus-economy-slows-to-2-35-in-2014/23782/>
- Piketty, T. (1997). The dynamics of wealth distribution and the interest rate with credit rationing. *Review of Economic Studies*, 64, 173–190.
- Ponce, A. F. & McClintock, C. (2014). The Explosive Combination of Inefficient Local Bureaucracies and Mining Production: Evidence from Localized Societal Protests in Peru. *Latin American Politics and Society*, 56(3), 118–140.
- Ponce, A. F. & McClintock, C. (2014b). *The Explosive Combination of Inefficient Local Bureaucracies and Mining Production: Evidence from Localized Societal Protests in Peru* (Online Appendix). Abgerufen am 17. März 2015 von: <https://sites.google.com/site/aldofponcegolini/data>
- Portocarrero, F. (2006). *Wealth and philanthropy: the economic elite in Peru, 1916–1960*. Oxford: University Press.
- Raju, S. & Fitzpatrick, B. (2010). Financial Market Development, Economic Development and Growth Diagnostics: An Application to Peru. *International Business & Economics Research Journal*, 9(9), 39–52.
- Stewart, F. (2014). Why Horizontal Inequalities are Important for a Shared Society. *Development*, 57(1), 46–54.
- Stewart, F. & Langer, A. (2007). *Horizontal inequalities: Explaining persistence and change* (CRISE Working Paper No. 39). Oxford: Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity.
- Stokes, S. C. (1997). Democratic Accountability and Policy Change: Economic Policy in Fujimori's Peru. *Comparative Politics*, 29(2), 209–226.
- Svensson, J. (1998). Investment, property rights and political instability: Theory and evidence. *European Economic Review*, 42(7), 1317–1341.
- Thorp, R. & Paredes, M. (2010). *Ethnicity and the Persistence of Inequality: The Case of Peru*. London: Palgrave Macmillan.
- UNCTAD (2015). *State of Commodity Dependence 2014*. Geneva: United Nations Conference on Trade and Development.
- UNDP (2013). *Humanity divided: Confronting inequality in Developing Countries*. New York: United Nations Development Programme.

- Van der Weide, R. & Milanovic, B. (2014). *Inequality Is Bad for Growth of the Poor (But Not for that of the Rich)* (Policy Research Working Paper No. 6963). Washington D.C.: World Bank.
- Voitchovsky, S. (2005). Does the profile of economic inequality matter for economic growth? Distinguishing between the effects of inequality in different parts of the income distribution. *Journal of Economic Growth*, 10, 273–296.
- Weltbank (2012). *Public Expenditure Review for Peru: Spending for Results* (Report No. 62586-PE). Washington D.C.: World Bank.
- Weltbank (2015). *World Development Indicators* (Datenbank). Abgerufen im Februar 2015 von: <http://databank.worldbank.org/data/views/variableSelection/selectvariables.aspx?source=world-development-indicators>
- Weltbank (2015b). *Global Financial Development* (Datenbank). Abgerufen im Februar 2015 von: <http://databank.worldbank.org/data/views/variableselection/selectvariables.aspx?source=global-financial-development>
- Yamada, G. & Castro, J. F. (2006). *Poverty, inequality and social policies in Peru: As poor as it gets* (Documento de Discusión DD/07/06). Lima: Universidad del Pacífico.
- Yamada, G. & Castro, J. F. (2013). Educational attainment, growth and poverty reduction within the MDG framework: simulations and costing for the Peruvian case. *Journal of Economic Policy Reform*, 12(1), 57–73.
- Yamada, G., Castro, J. F. & Bacigalupo, J. L. (2012). Desigualdad monetaria en un contexto de rápido crecimiento económico: El case reciente del Perú. *Revista Estudios Económicos*, 24, 65–77.
- Yamada, G., Castro, J. F., Bacigalupo, J. L. & Velarde, L. (2013). Mayor acceso con menor calidad en la educación superior: algunas evidencias desde las habilidades de los estudiantes. *Apuntes*, 72, 7–32.
- Zambrano, O., Robles, M. & Laos, D. (2014). *Global boom, local impacts. Mining revenues and subnational outcomes in Peru 2007–2011* (Working Paper No. IDB-WP-509). Washington D.C.: Inter-American Development Bank.

7 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten 2001-2012	5
Abbildung 2: Einkommensverteilung nach ethnischen Gruppen (%)	7
Abbildung 3: Pro-Kopf-Wachstum des BIP und Exportwachstum in Peru und Lateinamerika (% pro Jahr).....	7
Abbildung 4: Pro-Kopf-Wachstum des BIP von 11 Ländern mit ähnlichen Rohstoffexporten (% pro Jahr).....	11
Abbildung 5: Pro-Kopf-Wachstum des BIP von 6 lateinamerikanischen Ländern mit unterschiedlichen Rohstoffexporten (% pro Jahr).....	12
Abbildung 6: Gini-Koeffizient von 6 lateinamerikanischen Ländern mit unterschiedlichen Rohstoffexporten.....	13
Abbildung 7: Inlandskredite an den Privatsektor 2001-2013	14
Abbildung 8: Totale Steuereinnahmen und öffentliche Ausgaben 2001-2012	17
Abbildung 9: Soziale Konflikte (aktive, latente, gelöste und zurückgezogene Fälle).....	21
Abbildung 10: Durchschnittliche Anzahl Konflikte nach Typ (in einem gegebenen Monat).....	21

Anhang

Tabelle 1: Kerndaten zu den Rohstoffexporteuren des weltweiten Wachstumsvergleichs (Daten sind aus den Jahren 2012 bis 2013)

	Peru	Chile	Namibia	Sierra Leone	Demokratische Republik Kongo (DRK)	Sambia	Mongolei	Botswana	Guyana	Suriname	Mauretanien
Rohstoffexporte (% des BIP)	18,6	24,7	27,9	28,3	30,2	37,4	38,0	42,8	43,7	47,5	63,5
Rohstoffexporte (% der Warenexporte)	88	87	77	94	96	85	97	93	92	95	99
Erze, Metalle, Edelsteine und nichtmonetäres Gold (% der totalen Rohstoffexporte)	67	69	66	94	83	80	65	97	62	79	64
Hauptexportgut (% der Rohstoffexporte)	nichtmonetäres Gold, ohne Golderz und Konzentrate 971 (23); gefolgt von Kupfererzen und Konzentraten, Kupferstein und Zementkupfer 283 (21)	Kupfer 682 (36)	Perlen und Edel- oder Halbedelsteine, bearbeitet und unbearbeitet 667 (31)	Eisenerz und Konzentrate 281 (68)	Kuper 682 (43)	Kupfer 682 (74)	Kupfererze und Konzentrate, Kupferstein und Zementkupfer 283 (39)	Perlen und Edel- oder Halbedelsteine, bearbeitet und unbearbeitet 667 (85)	Nichtmonetäres Gold, ohne Golderz und Konzentrate 971 (48)	Nichtmonetäres Gold, ohne Golderz und Konzentrate 971 (56)	Eisenerz und Konzentrate 281 (47)
Exportkonzentrationsrate (Herfindahl-Hirschmann Index, 2013)	0,2283	0,3450	0,2564	0,4357	0,5743	0,5874	0,3726	0,7891	0,4490	0,5514	0,4818
Reales Pro-Kopf-BIP (2013)	4'417	9'771	4'445	553	172	825	1'849	6'865	2'356	5'744	830
Gini (letztes verfügbares Jahr)	45,3 (2012)	50,8 (2011)	61,3 (2009)	35,4 (2011)	44,4 (2005)	57,5 (2010)	36,5 (2007)	60,5 (2009)	44,5 (1998)	52,9 (1999)	40,5 (2008)

Quelle: UNCTAD (2015)

Tabelle 2: Kerndaten zu den Rohstoffexporteuren des regionalen Wachstumsvergleichs (Daten sind aus den Jahren 2012 bis 2013)

	Peru	Venezuela	Chile	Ecuador	Paraguay	Bolivien
Rohstoffexporte (% des BIP)	18,6	20,2	24,7	25,0	26,6	40,5
Rohstoffexporte (% der Warenexporte)	88	85	87	93	91	96
Erze, Metalle, Edelsteine und nichtmonetäres Gold (% der totalen Rohstoffexporte)	67	3	69	3	2	28
Hauptexportgut (% der Rohstoffexporte)	nichtmonetäres Gold, ohne Golderz und Konzentrate 971 (23); gefolgt von Kupfererzen und Konzentraten, Kupferstein und Zementkupfer 283 (21)	Mineralöl, Öl aus bituminösem Material, Rohöl 333 (73)	Kupfer 682 (36)	Mineralöl, Öl aus bituminösem Material, Rohöl 333 (58)	Ölsaaten und Ölfrüchte, ohne Mehl 222 (32)	Erdgas 343 (51)
Exportkonzentrations-Rate (Herfindahl-Hirschmann Index, 2013)	0,2283	0,6192	0,3450	0,5254	0,3411	0,4788
Reales Pro-Kopf-BIP (2013)	4'417	6'388	9'771	3'665	1'909	1'318
Gini (letztes verfügbares Jahr)	45,3 (2012)	44,8 (2006)	50,8 (2011)	46,6 (2012)	48,0 (2012)	46,6 (2012)

Quelle: UNCTAD (2015)

Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit,

- dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig ohne fremde Hilfe und ohne Verwendung anderer als der angegebenen Hilfsmittel verfasst habe;
- dass ich sämtliche verwendeten Quellen erwähnt und gemäss gängigen wissenschaftlichen Zitierregeln korrekt zitiert habe;
- dass das Thema, die Arbeit oder Teile davon nicht bereits Gegenstand eines Leistungsnachweises einer anderen Veranstaltung oder Kurses war; sofern dies nicht ausdrücklich mit dem/der Dozierenden im Voraus vereinbart wurde;
- dass ich ohne schriftliche Zustimmung der Universität keine Kopien dieser Arbeit an Dritte aushändigen oder veröffentlichen werde, wenn ein direkter Bezug zur Universität St. Gallen oder ihrer Dozierenden hergestellt werden kann;
- dass ich mir bewusst bin, dass meine Arbeit elektronisch auf Plagiate überprüft werden kann und ich hiermit der Universität St. Gallen laut Prüfungsordnung das Urheberrecht soweit einräume, wie es für die Verwaltungshandlungen notwendig ist.

Wynau, 18. Mai 2015

Lukas Freiburghaus